

Wohnen und Stadterneuerung

Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten

Einer der wichtigsten Neubauten im Bereich des Gesundheitswesens ist das Sozialmedizinische Zentrum Ost. Die für 12. Jänner 1982 festgelegte Inbetriebnahme von 4 der insgesamt 9 Stationen des 405 Betten umfassenden Pflegeheimes erfordert eine koordinierte zielorientierte Bauführung insbesondere für den Bereich des Ausbaues und der Komplettierung der verschiedenen Leistungen. Alle wesentlichen Arbeiten mußten bis Ende des Jahres fertiggestellt sein, wobei Teilbereiche des Objektes wegen der Durchführung eines Probetriebes bereits ab Herbst 1981 betriebsbereit zur Verfügung stehen mußten. Für den Bereich der Pflegeheimküche wurde am 4. November von der MA 35 eine Teilbenutzungsbewilligung erteilt und der Probetrieb aufgenommen. Derzeit versorgt die Küche die Schülerinnen der Krankenpflegeschule und des Internats. Mit den Arbeiten am Versorgungskollektor, der das Pflegeheim mit der Krankenpflegeschule und dem Internat verbindet, wurde begonnen. Die für 1981 bereitgestellte Baurate in Höhe von 70 Millionen Schilling wurde zur Gänze ausgeschöpft und reichte für die Bedeckung der laufenden Abschlußrechnungen aus. Die im Voranschlag 1982 vorgesehene Baurate von 70 Millionen Schilling wird für die Gesamtfertigstellung des Pflegeheimes in allen seinen Bereichen und für die Abrechnung der Arbeiten im Überwachungsbereich der MA 23, 32 und 34 benötigt.

Nach Abschluß der Vorentwurfsplanung und Genehmigung des Projektes Krankenhaus in der Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechung (8. Bauausschußsitzung am 20. März) wurden die notwendigen Vorbereitungen für den Planungseinsatz in technischer und organisatorischer Hinsicht getroffen. Die Kosten für die Planung und Bauvorbereitung wurden mit 292 Millionen Schilling ermittelt. Der zugehörige Sachkreditantrag ist von der MA 17 gestellt und in Genehmigung begriffen. Sofort nach Genehmigung des Sachkredites wird der Vergabeantrag für die Planungsleistungen der Architekten gestellt. Die Vergabeanträge für die statisch-konstruktive Bearbeitung, auf Beistellung von geleasteten Technikern zur Verstärkung des Planungsbüros der MA 32, für die Planung der Stark- und Schwachstromanlage, der Fördertechnik und der sanitären Anlagen sind gestellt und liegen derzeit bei der MA 4. Die Gruppe Betriebsorganisation der MA 17 beschäftigt sich mit der Erarbeitung der Grob-Einrichtungsvorschläge im Bereich des OP-Traktes und der Ambulanzen sowie mit der Planung des Hol- und Bringdienstes. Der von der MA 17 gestellte Sachkreditantrag zur Bedeckung der Planungsleistungen konnte auf 292 Millionen Schilling gesenkt werden. Mit Genehmigung dieses Sachkredites können alle für die Planung erforderlichen Aufträge vergeben werden. Mit der im Voranschlag 1982 vorgesehenen Planungsrate von 40 Millionen Schilling könnte dann der Entwurf des Krankenhauses erarbeitet werden.

Adaptierungsarbeiten wurden vor allem in Krankenanstalten, Pflege-, Erziehungs- und Kindertagesheimen, aber auch in Versorgungseinrichtungen wie Märkten vorgenommen. Im bestehenden Allgemeinen Krankenhaus wird im pathologisch-anatomischen Institut das überalterte Objekt umgebaut und modernisiert, eine Lüftungsanlage und eine Warmwasserheizung eingebaut. Ferner mußten Fenster, Türen, Fußböden erneuert und Installationen ausgewechselt werden. Die Baukosten betragen rund 65 Millionen Schilling. Mit dem Bau wurde am 13. August 1971 begonnen, seine Fertigstellung ist für Frühjahr 1982 vorgesehen.

An der Kieferchirurgischen Universitätsklinik wurde der OP-Trakt umgebaut, ein Aufzug und eine Klimaanlage eingebaut. Fenster, Türen und Fußböden instand gesetzt sowie die Installationen erneuert. Am 1. August 1977 wurde mit dem Bauvorhaben begonnen, die Fertigstellung erfolgte am 10. August 1981. Die Gesamtbaukosten betragen 19,2 Millionen Schilling. In der Universitätsklinik für Arbeitsmedizin konnte nach Fertigstellung des Bauloses 1 am 1. Dezember 1980 das Baulos 2 in Angriff genommen werden. Es handelt sich hiebei um Adaptierungsarbeiten im Geschoß B, die Schaffung von Krankenzimmern und einer Intensivstation. Die Fertigstellung des Bauvorhabens ist mit Sommer 1982 vorgesehen. In der II. Medizinischen Universitätsklinik wurde die Station 94 als Intensivstation mit Kosten von 5,553.000 S erweitert. Die Bauzeit erstreckte sich von 2. Juli 1979 bis 18. September 1981. Ebenfalls in diesem Bereich wurde im Röntgen als Bauteil I die Röntgeneinrichtung ausgetauscht, wobei Kosten von 1,120.000 S bei einer Bauzeit vom 20. November 1980 bis 2. März 1981 angefallen sind. Der Umbau der ehemaligen Blutersatzstelle der I. Chirurgischen Universitätsklinik erfolgte in der Zeit vom 3. Dezember 1979 bis 4. März 1981 mit einem Kostenaufwand von rund 6,950.000 S. Die Sanierung schadhafter Stränge der Erdgasleitungen in Straßen und Objekten des alten Hauses mußte permanent durchgeführt werden. Die Kosten betragen rund 5 Millionen Schilling. Mit Kosten von 10,500.000 S sind in der Krankenpflegeschule die Adaptierung eines Hörsaales und die Renovierung an Fenstern, Parapeten, Terrassen und Lüftungsanlagen vorgesehen. Mit den Arbeiten wurde am 6. Juli 1981 begonnen, mit der Fertigstellung ist im Frühjahr 1983 zu rechnen. Im Erdgeschoß des Direktionsgebäudes wurden einzelne Räume zur Aufnahme einer Isotopenapotheke adaptiert. Mit den Bauarbeiten wurde am 24. August 1981 begonnen, die Fertigstellung ist für Sommer 1982 geplant. Das Kostenerfordernis beträgt 2 Millionen Schilling. In der I. Unfallchirurgischen Universitätsklinik ist der Umbau der Station 42 in einen OP-Trakt geplant. Mit den Arbeiten wurde am 31. März 1980 begonnen, mit der Fertigstellung ist im Sommer 1982 zu rechnen. Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich auf 20,5 Millionen Schilling. Neben diesen Bauvorhaben wurde eine Unzahl

anderer kleinerer Umbauten durchgeführt, wie etwa die Adaptierung zweier Krankenzimmer für Strahlenbetten in der 1. Medizinischen Universitätsklinik mit Kosten von 2 Millionen Schilling (Fertigstellung Frühjahr 1982), die Erfüllung feuerpolizeilicher Auflagen mit Kosten von 1,250.000 S (Fertigstellung Frühjahr 1983) sowie patientenbezogene bauliche Maßnahmen in diversen Objekten des alten Hauses mit rund 3 Millionen Schilling. Weitere sicherheitstechnische Maßnahmen bestehen unter anderem im Einbau einer Lüftung in der Apotheke I, in der Schaffung eines Fluchtweges in der II. Universitäts-Frauenklinik — Hormonlabor und in der Errichtung einer Strahlenschutzwand in der Prüfanstalt. Für diese Maßnahmen sind Kosten von insgesamt 945.000 S aufgelaufen.

Im neuen Allgemeinen Krankenhaus wurden alle im Jahre 1981 angefallenen Erhaltungsarbeiten im Einvernehmen mit der Direktion mit einem Kreditansatz von 18,5 Millionen Schilling durchgeführt. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde auch der Spitalskindergarten von KP I — IV betraut, ebenso auch die umfangreichen Außenanlagen. Im Zuge des Neubaus der Neurochirurgischen Klinik wurden alle jene Aufgaben durchgeführt, die durch den Anbau an KP I ausgelöst wurden und für den derzeit laufenden Betrieb von KP I relevant sind. Im Kerngebäude konnte das Personal für die kommenden Aufgaben der Technischen Betriebsführung sowie für die Mitwirkung bei der Planung der Betriebsorganisation eingeschult werden.

Nach der Erneuerung der Telephonzentrale im Krankenhaus Lainz im Jahre 1979 erfolgten die erforderlichen Umschaltarbeiten bzw. der Ausbau der Ruf- und Funkanlagen. Der Zubau zum Pavillon III, bestehend aus der Strahlenbettenstation mit sechs 2-Bett-Zimmern und Nebenräumen im Obergeschoß sowie aus Therapie- und Untersuchungsräumen im Untergeschoß, ist fertiggestellt. Die Benützung der Räume ab November 1981 ist möglich. Mit dem Bau des Abklinggebäudes wurde am 5. Oktober begonnen. Ab Jänner 1982 kann die Installation der Abklinganlage vorgenommen werden. Im Pavillon VI wurde mit dem Einbau einer Angiographie im Vorjahr begonnen. Die Bauarbeiten waren im Juni abgeschlossen, die Montage des Gerätes ist bereits erfolgt. Die Inbetriebnahme der Anlage wird nach Erteilung der behördlichen Genehmigung vorgenommen. Der Bauabschnitt I, und zwar die Herstellung des schließbaren Kanales von der Wolkersbergenstraße bis zum Nordende vom Pavillon II samt der Zuleitungen, ist fertiggestellt. Der 1. Bauabschnitt in der 4. Medizinischen Abteilung, bestehend aus Herzkatheterereinheit und Ambulanz, wurde im April 1981 fertiggestellt. Der Baubeginn für die Adaptierung der Räume zur Installierung der Herzkatheteranlage konnte mit September 1981 vorgenommen werden. Die Montage der Herzkatheteranlage ist mit Jahresbeginn 1982 möglich. Außer der Sanierung der Fassade und der Fenster am Pavillon VIII wurden eine Reihe kleiner und kleinster Bauvorhaben abgeschlossen, die als patientenbezogene Maßnahmen, verschiedene bauliche und sicherheitstechnische Maßnahmen und als Erhaltungsarbeiten bezeichnet wurden. Im Krankenhaus Lainz betragen die Kosten für bauliche Maßnahmen im Jahre 1981 insgesamt 41,792.000 S.

Mit der Generalsanierung des Pavillons 27 im Wilhelminenspital wurde am 11. Juni 1974 begonnen. Das Gesamtbauvorhaben wurde in zwei voneinander getrennten Bauabschnitten durchgeführt. Der erste Bauabschnitt wurde im Herbst 1978 der MA 17 übergeben. Nach Besiedelung der Dermatologischen Abteilung konnte anschließend der zweite Bauabschnitt begonnen werden. Am 26. November 1981 wurde der Pavillon 27 der MA 17 übergeben, womit die Bauarbeiten im Pavillon 27 beendet sind. Die im Jahre 1982 vorhandene Restbaurate von 3,870.000 S dient als Abrechnungsrate bzw. werden damit Arbeiten an den Außenanlagen (Grünflächen, Beschriftungen usw.) durchgeführt. Der Gesamtkredit für das gegenständliche Bauvorhaben beträgt 92,975.000 S. Für diese Bauvorhaben kann mit dem vorhandenen Sachkredit das Auslangen gefunden werden, keinerlei Sachkrediterhöhungen sind mehr nötig. Die beiden Sachkrediterhöhungen waren ausschließlich auf Grund des steigenden Baukostenindex erforderlich. Die lange Bauzeit war darauf zurückzuführen, daß erst nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes mit dem zweiten Bauabschnitt begonnen werden konnte, da der Betrieb des Zentrallabors nicht unterbrochen werden durfte.

Im Pavillon 3 des Elisabeth-Spitals wurde im Herbst 1979 mit der Errichtung einer Akutstation begonnen. Im Mai 1981 wurde die Station der MA 17 übergeben. Die Gesamtbaukosten des Bauvorhabens betragen 7,152.000 S. Mit dem genehmigten Sachkredit wurde das Auslangen gefunden. Im Pavillon 1 wurde im Sommer 1981 mit der Errichtung einer postoperativen Station begonnen. Die im Budget 1981 vorgesehene erste Baurate von 3 Millionen Schilling wurde bis Jahresende verbaut. Die Gesamtbaukosten für dieses Bauvorhaben betragen 7,171.000 S. Nach dem derzeitigen Stand des Baugeschehens wird angenommen, daß mit dem genehmigten Sachkredit das Auslangen gefunden werden kann. Das Bauvorhaben wird im Spätherbst 1982 abgeschlossen und der MA 17 übergeben werden.

Im Franz-Joseph-Spital werden der Umbau und die Erneuerung der Zentraldesinfektion statt 1981 nunmehr 1982 fertiggestellt. Im Zuge des Umbaus der Elektrizitätsversorgungsleitungen wurde die Straßenherstellung im Bereich der Zentraldesinfektion zurückgestellt und somit die Fertigstellung des Bauvorhabens um ein Jahr verschoben. Der Einbau von Hausanschlußkästen konnte fortgesetzt werden, ebenso die Erd- und Baumeisterarbeiten für die Errichtung von Kabelziehschächten und Kabelkünetten. Der Eiprofilkanal 70/105 vom Anstaltsbereich des Franz-Joseph-Spitals mit Anschluß an den öffentlichen Unratskanal 95/137 in der Triester Straße im Minierungsverfahren wurde fertiggestellt. Die Kanalerneuerungsarbeiten vom Eiprofilkanal Richtung



Amtsführender Stadtrat Johann Hatzl (Wohnen und Stadtverwaltung) übergibt die 200.000. Gemeindewohnung im 16. Bezirk, Sulmgasse 2-6, ihrer Bestimmung

Städtischer Wohnhausbau

Die neuerrichtete städtische Wohnhausanlage im 18. Bezirk, Gersthofer Straße 125





Wohnhausanlage der Stadt Wien im 12. Bezirk, Am Schöpfwerk

Städtischer Wohnhausbau

Neue städtische Wohnhausanlage im 11. Bezirk, Eisteichstraße



Prosektur (samt Anschluß), Infektionsaufnahme und Ambulanzgebäude konnten fortgesetzt werden. Im Zuge der Errichtung einer Ambulanz im Pavillon D waren Baumeister- und Professionistenarbeiten durchzuführen ebenso auch für die Intensivpflegestation. Für bauliche Maßnahmen im Franz-Joseph-Spital mußten im Jahre 1981 insgesamt 14,990.000 S aufgebracht werden.

Mit den Arbeiten für die Errichtung einer Notstromanlage im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel konnte aus technischen Gründen noch nicht begonnen werden. Die Aufstellung eines Containergerätes ist geplant, dessen Genehmigung durch die Baupolizei noch aussteht.

Im Rahmen eines Gesamterhaltungsaufwandes von rund 14,6 Millionen Schilling wurden in der Krankenanstalt Rudolfstiftung sämtliche für den Betrieb notwendigen Erhaltungs-, Service- und Wartungsarbeiten in allen Objekten einschließlich der vorgeschriebenen sicherheitstechnischen Überprüfungen durchgeführt. Unter anderem wurde der schadhafte Klinkerbelag in der Hauptküche teilweise saniert. Für die Erhaltungsarbeiten wird voraussichtlich 1982 wieder ein Betrag von rund 15 Millionen Schilling erforderlich sein. Für die Sanierung der Heizungs- und Elektroinstallationen in der Krankenpflegeschule wurde ein Gesamtkredit von 6,090.000 S genehmigt, ein Teil der Arbeiten wurde mit einer ersten Baurate von 2,900.000 S durchgeführt. Für den Einbau eines Computertomographen im Röntgen wurde ein Gesamtkredit von 1,515.000 S genehmigt, wobei die erste Baurate 1981 600.000 S betrug. Die Arbeiten stehen vor der Fertigstellung.

Im Rahmen eines Gesamterhaltungsbudgets von rund 2,6 Millionen Schilling wurden im Mautner Markhof'schen Kinderspital sämtliche für den Betrieb notwendigen Arbeiten in allen Objekten einschließlich der vorgeschriebenen sicherheitstechnischen Überprüfungen durchgeführt. Unter anderem wurden umfangreiche Kanalsanierungsmaßnahmen im PWH-Bereich durchgeführt, wegen Leistungserhöhung vom Elektrizitätswerk der Trafo ausgewechselt und im Warmwasserkesselhaus des Hauptgebäudes beide Kessel neu bohrt.

Im Pavillon 17 des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe soll ein Kinderpavillon für rund 90 geistig behinderte Kinder untergebracht werden. Mit den Bauarbeiten wurde im Jahre 1979 begonnen, die Ende 1982 abgeschlossen werden sollen. Die Baumeister- und Rohinstallationsarbeiten wurden soweit fertiggestellt, daß die Professionistenarbeiten im Inneren voll einsetzen können. Die Baukosten betragen 72 Millionen Schilling, wovon bisher 35 Millionen Schilling verbaut worden sind. Nach Fertigstellung stehen den behinderten Kindern 12 Wohngruppen, bestehend aus einem Wohnraum, einem Schlafraum für 7 Kinder sowie den sanitären Nebenräumen zur Verfügung. Außerdem sind ein Kindergarten, eine Schule sowie ein Unterwassertherapiebecken mit Nebenräumen untergebracht. Zum Objekt 35, der Therapiewerkstätte, wurden in den Jahren 1980 und 1981 zwei Anbauten errichtet, in denen ein Speisesaal, eine Lehrküche, Garderoben und Therapieräume untergebracht sind. Die Baukosten betragen rund 7,260.000 S. Im Sinne des Zielplanes der neuen Psychiatrie wurden die baulichen Umbauarbeiten in den Pavillons 14, 16, 18, 22 und 24 abgeschlossen, die Arbeiten in den Pavillons 4 und 6 begonnen. Im Jahre 1981 wurden 5,390.000 S verbaut. Im Pavillon 21 wurde ein Turnsaal für die Pflegerschule mit Kosten von rund 1,3 Millionen Schilling eingebaut. Die Arbeiten für die Errichtung eines neuen Materialmagazins mit Gesamtkosten von rund 6,2 Millionen Schilling wurden begonnen. Die Bauvorbereitungsarbeiten für den Neubau einer Wäscherei sowie den Ausbau des Kesselhauses sind im Gange. Die Probebohrungen zur Erschließung des Baugrundes wurden abgeschlossen, die Vorentwurfsplanung wird durchgeführt. Die Abteilung VI des Psychiatrischen Krankenhauses Ybbs wurde mit einem Kostenaufwand von 1,8 Millionen Schilling vollkommen adaptiert und wird für rund 45 Patienten zur Verfügung stehen.

Der Pavillon I im Pflegeheim Lainz hat in keiner Weise den baulichen und funktionellen Anforderungen entsprochen. Die notwendigen Adaptierungen wurden, um den Pflegebetrieb nicht zu sehr zu beeinträchtigen, in mehreren Etappen vorgenommen. Diese bestanden im wesentlichen darin, daß die Sanitärgruppen verlegt bzw. vergrößert und die Säle der Bettenstation-Mitte zur Verwendung als Diensträume unterteilt wurden. Nach Verlegung des Effektenmagazins in den Pavillon IV konnten diese Räume zu einer Zentralgarderobe ausgebaut werden. Die dadurch freiwerdenden Räume der Garderoben bzw. der Diensträume in den Obergeschoßen wurden zu Belagszimmern ausgestaltet. Im Zusammenhang mit diesen funktionellen Umänderungen erfolgte die Erneuerung der Elektro- und Sanitärinstallation, der Türblätter, der Wand- und Bodenbeläge, der Malerei und des Anstriches, ebenso wie die Bildung von Brandabschnitten durch Anordnung von rauchhemmenden Portalen in den Gängen. Schließlich wurde die gesamte Beheizungsanlage instand gesetzt. Die Arbeiten sind so weit fertiggestellt, daß der Sollstand des Belages an Pflegenden im Pavillon I im Jahre 1982 erreicht werden kann. Die letzte Bauetappe „Einbau eines Stiegenhauses“ in der Mitte des Gebäudes ist für 1982 vorgesehen. Im Pavillon XVI wurden die Bauarbeiten für den Einbau eines Krankenbettaufzuges fertiggestellt, die Aufzugsanlage wurde montiert und in Betrieb genommen, die WC- und Leibschüsselspüleranlagen im linken Teil des Gebäudes ausgebaut. Der bauliche Zustand der Anstaltskirche sowie der anschließenden Gebäude A und B war derart bedenklich, daß zum Schutze der Passanten, die durch herabfallende Verputz- und Fassadenteile gefährdet waren, Absperrrmaßnahmen im Bereich der Kirche erfolgen mußten. Im Innenraum der Kirche traten ferner beträchtliche Verputzschäden durch die schadhafte Dächer auf. Als erste Sanierungsmaßnahme wurde die Dachdeckung des Hauptdaches und der Türme sowie die Verputzinstandsetzung an den Türmen und an den Übergängen vom A- bzw. B-Gebäude zur Kirche sowie an der Stirnseite vom A- und B-Gebäude vorgenom-

men. Für patientenbezogene bauliche Maßnahmen standen 21,734.000 S im Pflegeheim Lainz zur Verfügung; für die baulichen Maßnahmen wurden insgesamt 14,460.000 S ausgegeben.

Die in drei Etappen durchgeführte Adaptierung des Pavillons II im Pflegeheim Baumgarten wurde abgeschlossen und der Pavillon der MA 17 übergeben. An der Adaptierung der Wärmeversorgungsanlagen, der Erweiterung der Telephonanlage und der Postkabelverstärkung wird gearbeitet. Die Baurate 1981 belief sich auf 7,540.000 S. Die Arbeiten am Dachboden des Pflegeheimes St. Andrä/Traisen wurden in acht Brandabschnitte unterteilt, konnten aber 1981 abgeschlossen werden. Die Versorgungsleitungen für Stark- und Schwachstrom, Telephon, Rundfunk und Fernsehen am Dachboden und die Anspeisung der einzelnen Abteilungen wurden ausgeführt. Der Brunnen in der Gärtnerei mußte abgesenkt, die Brunnenstube der Wasserversorgungsanlage instand gesetzt werden. Das Dach über K II und K V wurde neu eingedeckt und sämtliche Blecheindeckungen repariert und gestrichen. Die Kantine wurde umgebaut und adaptiert, ein Raum im Stil eines Wiener Kaffeehauses geschaffen. Die Baurate für 1981 belief sich auf 920.000 S.

Die Bauarbeiten für die Generalinstandsetzung des Kindertagesheimes in 19, Heiligenstädter Straße 82, im Karl-Marx-Hof, wurden vorbereitet und in Angriff genommen, ebenso der Innenausbau und die Installationsarbeiten. Die Fertigstellung und Wiederinbetriebnahme ist für 1982 vorgesehen. Die Generalunternehmerarbeiten für den Neubau des Kindertagesheimes in 23, Wiener Flur — Basler Gasse, wurden vergeben, mit den Erdarbeiten am 1. September 1981 begonnen, ebenso mit den Arbeiten am Rohbau des Objektes. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für 1982 vorgesehen. Für den Neubau des Kindertagesheimes in 2, Engerthstraße 152 a, wurde die Generalunternehmerausschreibung durchgeführt, der Baubeginn aus budgetären Gründen statt auf November 1981 auf Mitte 1982 verschoben. Das Kindertagesheim in 2, Obere Donaustraße 96, wurde instand gesetzt, insbesondere die Heizungsanlage saniert. Im Kindertagesheim in 21, Josef-Baumann-Gasse 65, wurden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, im Kindertagesheim in 22, Schüttaustraße 1, die Zentralheizungsanlage erneuert, im Kindertagesheim in 12, Unter-Meidlinger Straße 67, die Abhängendecken und die Beleuchtung erneuert, im Kindertagesheim in 2, Wolfgang-Schmälzl-Gasse, drei Gruppenräume instand gesetzt, ebenso das Kindertagesheim in 5, Stöbergasse 14, das in einen städtischen Wohnhausbau eingegliedert ist.

Im Heim „Stadt des Kindes“ in 14, Mühlberggasse, wurde der Bäderteil im Mädchentrakt H 2 instand gesetzt, verschiedene Bauwerkserhaltungsarbeiten durchgeführt und Bauvorbereitungen für die Generalinstandsetzung des Bäderteiles im Mädchentrakt M 1 getroffen. Im Jugendheim Scheibbs/Lehenhof konnten die Arbeiten für den Einbau der Ölzentralheizungsanlage abgeschlossen werden. Mit den Arbeiten für die Instandsetzung des Küchentraktes wurde begonnen, die Instandsetzungsarbeiten beim Paradies-Gebäude wurden in Angriff genommen und abgeschlossen, die Außenanlagen hergestellt und Drainagierungs- und Kanalisationsarbeiten durchgeführt. Der Dachgeschoßausbau ist für 1982 vorbereitet worden. Im Julius-Tandler-Heim wurden die Arbeiten am Umbau des Karolinen-Kinderspitals fortgeführt, ebenso die Installationsarbeiten und der Innenausbau. Die Fernwärmezuleitung konnte in Betrieb genommen werden.

Eine neue Stützmauer gegen das Nachbargrundstück wurde im Jugenderholungsheim Gaaden hergestellt, ebenso wie ein Kanalstück. Im Kindererholungsheim Klosterneuburg waren die Außenanlagen und der Parkplatz instand zu setzen; das Dach mußte saniert bzw. über der ehemaligen Hauskapelle neu hergestellt werden. Fortgesetzt wurden im Kindererholungsheim Biedermansdorf die Arbeiten an der Fassade. Umfangreiche Reparaturarbeiten an den Hauskanälen sowie verschiedene Erhaltungsarbeiten an Gebäuden mußten im Jugenderholungsheim Sulzbach/Ischl durchgeführt werden. Im Adolf-Lorenz-Heim wurde der Einbau eines Kindertagesheimes für körperbehinderte Kinder fertiggestellt und dieses von der MA 11 in Betrieb genommen.

Auf dem Großmarkt Inzersdorf mußten Straßenrigolen ausgewechselt und instand gesetzt, am Yppenmarkt im 16. Bezirk das Marktamtgebäude umgebaut werden. Am Naschmarkt wurde nach einem größeren Brandschaden eine Marktstandgruppe wieder instand gesetzt, ferner Kanalreparaturen durchgeführt. Für 1982 sind Arbeiten an der Kanalisation und der Wasserleitungsanlage geplant. Der Einbau einer Trafostation in das Brückenwaagegebäude erfolgte am Floridsdorfer Markt, Gehsteigsanierungsarbeiten wurden am Schwendermarkt im 15. Bezirk vorgenommen.

In der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt in 8, Feldgasse, waren die Instandsetzungsarbeiten fortzusetzen, in der Desinfektionsanstalt in 3, Hüttenbrennergasse, wurde ein Obergeschoß abgetragen und u. a. eine Ausnüchterungsstation eingebaut.

Bauvorbereitungsmaßnahmen sowie Planungsarbeiten für die weitere Umrüstung und Instandsetzung der Zentralwäscherei in 14, Steinbruchstraße 35—37, wurden durchgeführt. Ferner mußten als Sofortmaßnahme nach dem Ausfall der alten Waschmaschine vier Karussellwaschmaschinen durch fünf neue moderne Waschstraßen erneuert werden. In der Rettungszentrale in 3, Radetzkystraße 1, wurden Bauarbeiten im Fassadenbereich des Hauptgebäudes und bei den Garagen ausgeführt. Im Inneren des Hauptgebäudes waren im Zuge der Umstellung und Modernisierung der Telephonzentrale gleichfalls Bauarbeiten vorzunehmen. In den Rettungszentralen Penzing in 14, Baumgartenstraße 11, sowie in Aspern in 22, Wimpffengasse 8, wurden bei den Garageneinfahrten Bauarbeiten durchgeführt. In der Rettungszentrale in 14, Baumgartenstraße 11, wurden außerdem noch Sofortmaßnahmen zur Auswechslung eines Holzdeckenfeldes auf Stahlbetondecken getroffen. An

den übrigen Rettungsstationen erfolgten laufend Instandhaltungsmaßnahmen. Die Generalsanierung des Hauptgebäudes der Herberge für Obdachlose in 20, Meldemannstraße 25–27, wurde fortgesetzt, für das Zentrallager in der Hasnerstraße im 16. Bezirk wurden Bauvorbereitungsarbeiten zur Erfüllung von Brandschutzmaßnahmen getroffen. Im Stadthallenbad erfolgten Bauarbeiten für die Sanierung der Schwimmhalle. Der Betrieb wurde am 25. September wiederaufgenommen. Mit dem Bau des Bezirkshallenbades Kagran wurde am 5. Mai begonnen. Nach den Erd- und Fundierungsarbeiten wurde das Erdgeschoßmauerwerk aufgestellt, das Bade-, Lehr- und Seniorenbecken betonierte, die Stahlbetondecke über dem Erdgeschoß sowie auch das Dach hergestellt. Mit dem Bezirkshallenbad Brigittenau wurde am 1. September begonnen. Nach der Baustelleneinrichtung erfolgten die Bodenauswechslung und Verdichtung sowie die Fundamentherstellung. Mit dem Bau des Bezirkshallenbades Großfeldsiedlung wurde am 1. April begonnen, der Baubeginn des Sommerbades ist für 1. September 1983 vorgesehen. Im Fleischzentrum in St. Marx mußte nach dem Brand im Marktcafé Seidl der Schaden behoben werden, so daß es am 11. November wieder eröffnet werden konnte. In der Lebensmitteluntersuchungsanstalt wurde mit den Bauarbeiten für die Schadensbehebung nach einem Brand am 7. September begonnen. Verschiedene Bau- und Professionistenarbeiten mußten für die Wiederinstandsetzung durchgeführt werden.

Die Ausarbeitung eines neuen amtlichen Leistungsverzeichnisses für die laufenden Baumeisterarbeiten der Stadt Wien wurde begonnen, die Verträge der Baumeister- und Dachdeckerkontrahenten um ein Jahr bis 31. Dezember 1982 verlängert.

Der MA 26 obliegen die Errichtung und Erhaltung der Bauwerke für Amtszwecke, unter anderem von Schulen, Sportstätten, Volkshochschulen, Büchereien, ferner von Denkmälern, Museen, Gebäuden der Feuerwehr, von Jugendgästehäusern, Gebäuden der Stadtförste sowie von Fußgeherzonen. Dazu kommen die Reinigung und Gebäudeaufsicht im Rathaus und den umliegenden Amtshäusern. Die Abteilung ist auch für die Vorbereitung und Abwicklung von jährlich rund 750 Veranstaltungen innerhalb und außerhalb des Rathausbereiches verantwortlich, so für die Wiener Festwochen, für Empfänge, Eröffnungen, für den Concordia-Ball und die Arkadenhofkonzerte. Der Abteilung obliegt ferner auch die Begutachtung von Subventionen der Stadt Wien, und zwar in bezug auf ihre Notwendigkeit und wirtschaftliche Verwendung, sofern sie verschiedenen Institutionen (Verein Jugendzentren, Sportvereine, Theater usw.) für bauliche Herstellungen zugeteilt werden. Der Arbeitsumfang wurde mit 102 Beamten und 243 Bediensteten der Rathausverwaltung bewältigt. Pro Monat wurde auf rund 189 Arbeitsstellen gearbeitet, im Durchschnitt waren 1.057 Arbeiter beschäftigt.

Im Rathaus wurde die Instandsetzung des ersten linken Seitenturmes abgeschlossen und mit der Instandsetzung des zweiten linken Seitenturmes begonnen. Die Instandsetzung und der Umbau des Objektes in Ebendorferstraße 4 zu einem Bürogebäude konnten abgeschlossen werden. In den umliegenden Amtshäusern und im Rathaus selbst wurden außerdem umfangreiche Fassaden- und Dachinstandsetzungen sowie Umbauten von Amtsräumen durchgeführt. Im Amtshaus in 3, Karl-Borromäus-Platz, wurde die Instandsetzung des Daches fortgesetzt, die Instandsetzung des Daches des Amtshauses in 10, Laxenburger Straße 43–45, fertiggestellt. Die Arbeiten zur Erweiterung der Prüf- und Versuchsanstalt in 11, Rinnböckstraße 15, konnten abgeschlossen werden. Die Generalinstandsetzung des Amtshauses in 15, Gasgasse 8–10, wird weitergeführt. Mit den Adaptierungsarbeiten für das Bezirksjugendamt in 16, Arnetzgasse 84, und in 17, Röttergasse 6, wurde begonnen, im Amtshaus in 19, Gatterburggasse 14, der Einbau einer Kesselanlage mit Gasfeuerung in Angriff genommen sowie in den Amtshäusern in 20, Brigittaplatz 10, und in 21, Am Spitz 1, die Telefonanlage erneuert. Mit dem Umbau des Objektes in 20, Dresdner Straße 73–79, für Bürozwwecke wurde begonnen, die Restaurierung der Bezirksmuseen im 21. und 22. Bezirk abgeschlossen.

Für die Wohngemeinschaft behinderter Jugendlicher mußte das ehemalige Jugenderholungsheim der Stadt Wien „Villa Kellermann“ in 14, Sofienalpenstraße, umgebaut werden. Die Arbeiten werden 1982 abgeschlossen. Im Ausbildungszentrum für Sozialberufe in 21, Schloßhofer Straße 41, wurde mit der Anbringung einer vorgehängten Fassade begonnen.

Im Jahre 1981 wurde neben den laufenden Erhaltungsarbeiten in allen Schulen in 14 die Malerei erneuert, in 25 wurden die Fassaden instand gesetzt, in 36 die Fenster erneuert bzw. repariert und gestrichen, in 22 Schulen die Dächer instand gesetzt und in 8 Schulen die Zentralheizungsanlagen verbessert bzw. erneuert. Außerdem wurden in 12 Gebäuden die WC-Anlagen umgebaut. Die Generalinstandsetzung der Schule in 18, Schopenhauerstraße 81, konnte abgeschlossen werden. Der Neubau der Schule in 7, Zieglergasse, und die zweite Baustufe des Schulneubaus in 22, Markomannenstraße, wurden weitergeführt, die Schulen in 10, Sahulkastraße – Projekt Neilreich, und in 15, Reichsapfelgasse, wurden fertiggestellt, ebenso der Turnsaalzubau in 14, Hochsatzengasse. Mit den Turnsaalzubauten in 21, Aderklaer Straße 2, in 22, Eßlinger Hauptstraße 97, und in 22, Plankenmaisstraße 30, wurde begonnen. Das Modernisierungsprogramm in der 1. Zentralberufsschule in 6, Mollardgasse 87, wurde 1981 fortgesetzt, ebenso die Generalinstandsetzung und der Neubau im 2. Zentralberufsschulgebäude in 15, Hütteldorfer Straße 7–17, und der Umbau der Schule in 15, Meiselstraße 19, zu einer Berufsschule für Bürokaufleute. Die Umbauarbeiten im 4. Zentralberufsschulgebäude in der Zieglergasse wurden abgeschlossen. In den übrigen Berufsschulen waren umfangreiche Arbeiten durchzuführen.

Die Arbeiten zur Generalinstandsetzung der Sporthalle im Karl-Seitz-Hof im 21. Bezirk wurden fortgesetzt, auf den Kinder- und Jugendspielplätzen die notwendigen Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Die auf Grund von Baudurchführungsverträgen von der Wiener Stadthallen-Kiba-Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH. durchgeführten Baumaßnahmen wurden laufend von der Abteilung überwacht.

Im Internationalen Studentenheim in Döbling wurden die Arbeiten zur Verbesserung der inneren Sicherheit fortgesetzt. Mit dem Ausbau und der Generalinstandsetzung der Volkshochschule Brigittenau in 20, Raffaelgasse, konnte begonnen werden. Die Restaurierungsarbeiten an der Pestsäule wurden abgeschlossen, ferner konnte eine große Anzahl von kleineren Objekten instand gesetzt werden. Im Rathauspark mußte die bestehende Gärtnerunterkunft erweitert werden. Mit dem Bau einer Gärtnerunterkunft in 22, Siebeckstraße 14, wurde begonnen. Ferner waren umfangreiche Erhaltungsarbeiten in den bestehenden Objekten des Stadtgartenamtes durchzuführen. Die Arbeiten zur Errichtung eines Stallgebäudes für die Spanische Hofreitschule stehen vor dem Abschluß. Die Arbeiten zur Aufstockung der Feuerwache Liesing wurden fortgesetzt, ferner laufend Modernisierungsarbeiten in verschiedenen Feuerwachen durchgeführt, um die Einsatzbereitschaft der Feuerwachen jederzeit zu gewährleisten bzw. zu verbessern. Auf dem Zentralfriedhof wurden der Umbau und die Erweiterung der Halle I fortgesetzt, in den Objekten der Landwirtschaftsbetriebe umfangreiche Erhaltungsarbeiten durchgeführt und Feldberegnungsanlagen errichtet. Im Zuge des U-Bahn-Baues wurde der Neubau der Polizeistation auf dem Praterstern fertiggestellt. Im Bereich der Neuen Donau und beim Badeteich in Süßenbrunn wurden insgesamt 15 Abortanlagen errichtet. Das Aufsichtsgebäude und das Zillendepot der MA 45 in 2, Obere Augartenstraße 4, konnten instand gesetzt werden. Um Grundstücke für Neubebauungen zu erhalten, wurde eine Reihe von Abbrucharbeiten durchgeführt.

Städtischer Wohnhausbau

Die Bautätigkeit auf dem Sektor des kommunalen Wohnungsbaues wurde kontinuierlich fortgesetzt: Von den mit 1. Jänner in Bau befindlichen 6.280 Wohnungen wurden 1.757 fertiggestellt. Mit dem Bau von insgesamt 1.993 Wohnungen auf 28 Baustellen konnte begonnen werden. Somit befanden sich mit 31. Dezember 6.542 Wohnungen auf 78 Baustellen in Ausführung. Die Stadt Wien hat mit der Übergabe im Jahre 1981 nunmehr seit 1945 insgesamt rund 139.200 Wohnungen fertiggestellt.

Anfang Dezember hat Stadtrat *Hatzl* den Spatenstich anlässlich des Baubeginnes der 145.000sten Gemeindeförderung nach 1945 vorgenommen. Diese Wohnung wird sich in einer Wohnhausanlage befinden, die auf den ehemaligen MIAG-Gründen in 3, Lechnerstraße 2-4 — Dietrichgasse, errichtet wird. Das Bauvorhaben besteht aus insgesamt neun Stiegen mit 512 Wohnungen, deren durchschnittliche Größe bei rund 78 m² liegt. Für die Unterbringung der Personenkraftwagen ist eine Tiefgarage mit 358 Stellplätzen vorgesehen. Die Gemeindebauten der näheren Umgebung aus der Zeit der Ersten Republik zeigen Strukturen mit Hofbildung, wie z. B. der Hanuschhof. Die neue Wohnhausanlage setzt diese Tendenz fort, wobei durch Schließen der Baulücken in der Lechnerstraße und Dietrichgasse vom Verkehrslärm abgeschirmte Wohnhöfe entstehen. In Fortsetzung des Wegesystems im Hanuschhof führt ein öffentlicher Durchgang von der Lechnerstraße durch die Anlage zur Dietrichgasse. Entlang dieses Weges liegen sämtliche Gemeinschaftseinrichtungen, wie Schlechtwetterspielflächen, Hobbyräume, Gemeinschaftsräume, sowie Stiegenhäuser. An der Lechnerstraße wurde weiters ein Lokal für einen Supermarkt eingeplant, der, in Verbindung mit einer Trafik, die Nahversorgung der neuen wie auch der umliegenden schon bestehenden Wohnhausanlagen sicherstellt. Daran sollen sich eine Mutterberatungsstelle sowie ein Kindertagesheim anschließen. In der Dietrichgasse werden sich im Erdgeschoß eine Facharztpraxis sowie Räume für betagte Hausbewohner befinden. Im Zentralbereich der Wohnhausanlage wurden 17 Behindertenwohnungen im Erdgeschoß eingeplant. Diese werden, ohne Stufen überwinden zu müssen, sowohl vom öffentlichen Durchgang als auch aus der Tiefgarage erreichbar sein. Ein behindertengerechter Aufzug wird die Verbindung zum Erdgeschoß herstellen. Durch die großzügige Anpflanzung von Bäumen soll im Hofbereich eine Verbesserung des Mikroklimas und eine Verbesserung der Schalldämpfung innerhalb der Wohnhausanlage erreicht werden.

Im Zuge der Stadterweiterung wurde 1981 auch mit dem Bau der Wohnhausanlage südlich „Am Heidjöchl“ begonnen. Es werden 630 Wohnungen, davon sieben für Behinderte, auf 71 Stiegen in 3- bis 4geschossigen Häusern errichtet. Die Erdgeschoßwohnungen werden teilweise über eigene Hausgärten verfügen. Für die Unterbringung der Personenkraftwagen wurden eine Tiefgarage und fünf zweigeschossige Parkpaletten an der Straße mit insgesamt 455 Stellplätzen eingeplant. Infrastrukturelle Einrichtungen sind in Form von 5 Geschäftslokalen, 1 Postamt, 3 Magazinen, 2 Kindertagesheimen, 5 Gemeinschaftsräumen, 8 Saunas und 14 Hobbyräumen vorgesehen. Die innerhalb der Baukörper dem Fußgeher vorbehaltene Grünzone soll durch Bodenmodellierung, Abschirmpflanzungen und Alleen aufgelockert werden und parkähnlichen Charakter erhalten.

Von den größeren Bauvorhaben, mit denen im Jahre 1981 begonnen wurde, ist zu erwähnen die acht Stiegen umfassende Wohnhausanlage im weiteren Bereich der Großfeldsiedlung in 21, südlich Oswald-Redlich-Straße, mit 329 Wohnungen, 204 Personenkraftwagen-Stellplätzen in einer Tiefgarage, 6 Geschäftslokalen, 1 Gesun-

denuntersuchungsstelle, 1 Kindertagesheim, 8 Spielräumen, 8 Hobbyräumen und Räumen für betagte Hausbewohner. Im 10. Bezirk auf dem Areal der ehemaligen Ankerbrotgründe im Bereich zwischen Puchsbaumgasse — Absberggasse — Quellenstraße wurde mit dem 1. Bauteil einer Anlage, die 407 Wohnungen umfaßt, begonnen.

Das in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht interessanteste Bauvorhaben der Abteilung aus dem Bauprogramm 1981 ist das „Sonnenhaus“ in 14, Flötzersteig 239. Mit diesem Forschungsprojekt soll der Nachweis erbracht werden, inwieweit im wirtschaftlich sinnvollen Ausmaß eine möglichst große Deckung des Energiebedarfes in Wohnungen durch Nutzung der Sonnenenergie möglich ist. In Weiterführung der Bemühungen, alle Möglichkeiten einer Nutzung der Sonnenenergie für Raumheizung und Warmwasser zu untersuchen, hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nach Erstellung eines weltweiten Überblickes über den Stand der Entwicklung und die Anwendung ein Projekt für ein österreichisches Sonnenhaus in Auftrag gegeben. Im Anschluß daran hat das Bundesministerium für Bauten und Technik dem Österreichischen Institut für Bauforschung die Erstellung eines Detailprojektes für ein österreichisches Sonnenhaus übertragen. Die Stadt Wien stellte das Grundstück zur Verfügung, die Planungsarbeiten wurden einem Architekturbüro in Zusammenarbeit mit den zuständigen städtischen Dienststellen übertragen. Die Stadt Wien beabsichtigt, mit der Sonnenhausanlage Flötzersteig einen Prototyp einer Wohnhausanlage zu errichten, wobei auch die entsprechenden Meßgeräte eingebaut werden sollen. Es ist daran gedacht, dieses Objekt als offizielle Sonnenenergiemeßstation im Raume Wiens dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung anzubieten. Damit besteht die große Chance, alle vorher durchgeführten Berechnungen auch in der Praxis zu verifizieren. Die dabei feststellbaren Daten sind nicht nur allgemein interessant, sondern stellen auch für die Bauherren und Benützer eine wertvolle Hilfe für weitere Planungen und die energiegerechte Nutzung von Wohnhausbauten dar.

Von den im Bau befindlichen Großprojekten in 10, Neilreichgasse, und in 21, Marco-Polo-Platz, konnten 1981 die ersten Bauteile mit 335 bzw. 236 Wohnungen fertiggestellt werden. Auf der Baustelle Marco-Polo-Platz konnten außerdem eine Kirche, ein Jugendzentrum und eine Ladenzeile übergeben werden. In der Neilreichgasse wurden noch 4 Ordinationen, 1 Child-guard-Klinik, 1 Kindertagesheim und Gemeinschaftsräume fertiggestellt. Mit der Restübergabe von 226 Wohnungen — insgesamt 824 Wohnungen sind geplant — konnte auch die Bautätigkeit beim Bauvorhaben in 23, Wiener Flur, 2. Bauteil, beendet werden.

Unter den Wohnhausanlagen, die im Jahre 1981 übergeben wurden, sind zu erwähnen: Auf der Baufläche der ehemaligen „Scala-Gründe“ in 4, Favoritenstraße 8, wurde der 1. Bauteil mit 61 Wohnungen, 4 Geschäftslokalen, 1 Kaffeehaus, 1 Städtische Bücherei, 4 Büros, 1 Kindertagesheim und 2 Tiefgaragen für insgesamt 95 Personenkraftwagen fertiggestellt. Die Wohnhausanlage in 18, Peter-Jordan-Straße 81—91, wurde gleichfalls übergeben. In diesem Fall konnte 151 Wohnungen, 1 Tiefgarage für 86 Personenkraftwagen, 3 Geschäftslokale und 1 Kindertagesheim errichtet werden. Weiters wurde noch das Personalwohnhaus im 16. Bezirk im Bereich des Wilhelminenspitals mit 205 Schwesternwohnungen fertiggestellt.

Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung

Im Jahre 1981 war die Zahl der Anträge auf Durchführung von notstandspolizeilichen Maßnahmen und Ersatzmaßnahmen steigend. Neu langten 66 notstandspolizeiliche Maßnahmen ein, für 319 Ersatzvornahmen wurden Kostenschätzungen erstellt. Die MA 64 ersuchte um Durchführung von 91 Anträgen, jedoch gab anlässlich der bescheidmäßigen Vorschreibung zur Vorauszahlung der Kosten für die Ersatzvornahme eine erhebliche Anzahl der Hauseigentümer oder Hausverwalter die baubehördlich beauftragten Instandsetzungsarbeiten selbst in Auftrag. Der Abteilung oblag in diesen Fällen nur mehr die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Arbeiten sowie die Feststellung, ob dem baubehördlichen Bescheid entsprochen wurde. Neun Ersatzvornahmen wurden durchgeführt, 41 Vollstreckungsverfügungen erlassen. Zur Einbringung der Kosten von 248 notstandspolizeilichen Maßnahmen, einschließlich der Abschränkungen und der Kosten, die den MA 48 und 68 erwachsen, wurde ein Gesamtbetrag von 827.605 S mittels Bescheid vorgeschrieben. Die erlassenen Kostenbescheide für die neun durchgeführten Ersatzvornahmen lauteten auf insgesamt 841.408 S.

Neben der Ausstellung von sieben Gutachten zur Feststellung der Grenze der zulässigen Mietzinserhöhung nahmen Amtssachverständige an fünf von der Baupolizei ausgeschriebenen Ortsausgesehen teil. Weiters wurden 56 Ansuchen um Gewährung zinsfreier Darlehen der Stadt Wien zur Herstellung von Kanalanschlüssen mit einer überprüften Kostensumme von 21.446.563 S bearbeitet.

455 Förderungsanträge aus dem Titel der Wohnbauförderung 1968 mit einer Kostensumme von 5.372.403.000 S zum Bau von 14.155 Wohnungen wurden in bautechnischer Hinsicht geprüft. Davon bezogen sich 132 Anträge auf Mehrwohnungshäuser mit 10.310 Wohnungen; fünf Ansuchen betrafen die Förderung zur Errichtung von 628 Wohnungen in Heimen. Mit einem veranschlagten Kostenaufwand von 384.136.000 S wurde die Wohnbauförderung für 375 Wohnungen in Eigenheimen und Reihenhäusern beantragt. Für zehn

fertiggestellte Wohnhäuser mit 2.842 Wohnungen waren Rechnungen im Betrag von 1.416,330.000 S zu überprüfen.

Von den Schlichtungsstellen und Gerichten langten 3.990 Anträge gemäß §§ 7 und 8 Mietengesetz zur Erstellung technischer Gutachten ein, um die ordnungsgemäßen Erhaltungsarbeiten, die Angemessenheit der dafür ausgewiesenen Beträge und die Richtigkeit der Abrechnung zu prüfen. 3.651 Dienststücke wurden im Jahre 1981 erledigt. Bei der Überprüfung von 865 Anträgen nach § 7 Mietengesetz, von 1.002 Nachträgen und 797 Rechnungen konnten durch Preis- und Ausmaßprüfungen Kostenherabsetzungen von rund 49 Millionen Schilling erzielt werden. Ferner waren 887 Anträge nach § 8 Mietengesetz bzw. sonstige Anfragen zu behandeln.

Für die Förderung aus dem Altstadterhaltungsfonds wurden 392 Anträge und Rechnungen mit einer Kostensumme von rund 60 Millionen Schilling in technischer Hinsicht und preislicher Angemessenheit überprüft.

Die Zahl der Anträge nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz nahm etwas ab, 843 Ansuchen erforderten die Vorbegutachtung, 13.420 betrafen Verbesserungen. Bei 1.519 von Hauseigentümern eingebrachten Anträgen für Verbesserungen wurden die eingereichten Kostensummen von 242 Millionen auf 178 Millionen Schilling berichtet. Bei 11.480 von Mietern eingelangten Anträgen wurden die beantragten Baukosten von 721 Millionen auf 587 Millionen Schilling heruntergesetzt. Die beantragten Verbesserungen betrafen in 26 Fällen Aufzüge, in 5.383 Zentral- bzw. Etagenheizungen, in 2.613 Fällen handelte es sich um die Einrichtung von Bädern und in 839 um die von Wasseraborten. 4.551 hatten die Neuverlegung oder Verstärkung von Gas-, Wasser- oder elektrischen Leitungen zum Ziele, in 357 Fällen ging es um die Teilung oder Zusammenlegung von Wohnungen, in 8.394 um Wärme- und Schallschutzmaßnahmen, in 7 um Gemeinschaftsantennen, in 162 um Gegensprechanlagen und in 32 um Verbesserungen sonstiger Wohnungsteile.

Für die Bürgerschafts-fonds-Ges. mbH Wien wurden im Rahmen einer Sonderaktion zur Errichtung und Verbesserung von Komfortzimmern und Sanitäräumen in Beherbergungsbetrieben 314 Anträge für den Einbau von Bädern, Wasseraborten, Waschtischen usw. bearbeitet, wobei amtlicherseits die technische Aufsicht und die Überwachung der Einhaltung der Richtlinien durchzuführen waren.

Schließlich wurden gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 13. Dezember 1976, BGBl. Nr. 712/1976, über die Gewährung einer Aushilfe zur Milderung von Härten infolge bestimmter Vermögensverluste (Aushilfegesetz) 113 Anträge zur Feststellung von Kriegsschäden bearbeitet.

Auf Grund der beabsichtigten Änderung der Bearbeitung von Mieteranträgen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 mit pauschalierten Arbeiten wurden eingehende Kontaktgespräche mit der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung sowie mit allen an der Vollziehung des Wohnungsverbesserungsgesetzes beteiligten Dienststellen geführt. Weitere Aufgaben waren die Mitarbeit bei der Abfassung von Stellungnahmen zu Bundesgesetzen und Landesgesetzen, die technische Belange betrafen.

Erhaltung städtischer Wohnhäuser

Der Gesamtumfang des städtischen Wohnhausbesitzes hat sich nach Übernahme von weiteren Neubauwohnungen sowie nach Ankauf oder Abbruch von Althäusern im Jahre 1981 um 1.345 auf 219.282 Mieteinheiten in 13.671 Stiegehäusern und 3.736 Stiegen oder Einzelobjekten in Wohnsiedlungen erhöht.

Der ständige Wohnungszuwachs, die fortschreitende Alterung des gemeindeeigenen Wohnhausbesitzes, der anhaltende Trend, den Wohnkomfort in den Wohnhausanlagen der Zwischenkriegszeit und der frühen Nachkriegszeit zu verbessern, aber auch der Beitrag zur Stadterneuerung und Altstadterhaltung stellten ständig höchste Anforderungen an die Abteilung. Die Erhaltung des baulichen Bestandes war laufend durch umfangreiche Instandsetzungsarbeiten sicherzustellen, Versorgungseinrichtungen mußten weiterhin erneuert oder dem Bedarf entsprechend verbessert werden.

In den Wohnhausanlagen, deren erste Benützung vor dem 1. Juli 1954 liegt, wurden Generalinstandsetzungen unter Anwendung der Bestimmungen des § 2 des Zinsstoppgesetzes durchgeführt, wie dies bei Althäusern nach dem § 7 des Mietengesetzes gehandhabt werden muß. Aber auch bei Objekten, die später erbaut worden sind, wurden anfallende Instandsetzungskosten laut § 19 Mietengesetz den Mietern angelastet.

In älteren Wohnhausanlagen war durch den Ein- oder Anbau von Personenaufzügen ein Beitrag zur Modernisierung zu leisten; der Umbau von überalterten Mietlokalen wurde fortgesetzt.

Wieder mußten abbruchreife Althäuser oder sonstige Gebäude und Gebäudereste demoliert werden, wodurch bestandsfreie Grundstücke einer Neuverbauung zur Verfügung gestellt werden konnte. Im Rahmen der Altstadterhaltung wurde die Revitalisierung von denkmalgeschützten Althäusern fortgesetzt.

An Erhaltungsarbeiten konnten im Jahre 1981 auf Grund der vorhandenen finanziellen Mittel in 308 Stiegen das Rauchfangkopfmauerwerk, in 878 die Dacheindeckung und in 334 Stiegen die äußeren Fenster und Türen bestandssichernd instand gesetzt werden. Instand gesetzt oder erneuert wurden ferner die Fassaden in 312 Stiegen, die Malerei in 215 Stiegehäusern und die Hofgehwege bei 438 Stiegen; 619 Stiegen wurden nach Maß-

gabe des § 7 und des § 19 Mietengesetz bzw. § 2 Zinsstopppgesetz generell instand gesetzt, in 7.937 Stiegen waren diverse andere Arbeiten durchzuführen.

Der **Gebrechendienst** behob 10.280 Gebrechen an Gas- oder Wasserleitungen und 6.852 an Elektroinstallationen. In Kleinwaschküchen wurden 320 überalterte Einrichtungen gegen moderne Waschgeräte ausgetauscht und in 83 Stiegenhäusern die Einrichtungen der Stromversorgung erneuert. Ein Teil des Instandsetzungsprogramms 1982/1983 mußte bereits 1981 vorbereitet und zur Genehmigung vorgelegt werden. Bei einem Gesamtstand von 9.918 in Erhaltung stehenden elektrotechnischen und elektromechanischen Einrichtungen, nämlich von 4.912 Einzelwaschküchen, 3.996 Aufzügen, wo 1.202 nachträglich eingebaut wurden, weiters von 413 Drucksteigerungsanlagen, 149 Pump- und Hebewerken, 328 Gemeinschaftsantennen sowie von 120 elektromechanischen Garagentoren, mußte die Behebung von 19.173 Gebrechen an Waschkücheneinrichtungen, Pumpen- und Drucksteigerungsanlagen sowie an elektromechanischen Garagentoren, von 9.658 Gebrechen an Aufzügen und 388 an Antennenanlagen veranlaßt werden. Darüber hinaus wurden 142 Aufzüge generell instand gesetzt und 16 Verstärkeranlagen bei Gemeinschaftsantennen modernisiert.

Im Jahre 1981 mußten in 170 Häusern **Sicherungsarbeiten** durchgeführt sowie 57 Objekte vollständig und 6 teilweise demoliert werden.

Als **Ergänzungs- oder Fertigstellungsarbeiten** wurden in neueren Wohnhausanlagen geringfügige Sachverbesserungen geleistet.

Der Umbau von überalterten Mietobjekten für neue Verwendungszwecke konnte fortgesetzt werden. So wurde in der städtischen Wohnhausanlage in 22, Maschlgasse 31, ein Zubau zum bestehenden Kindergarten errichtet und im städtischen Althaus in 1, Bartensteingasse 16, eine Aufzugsanlage erneuert.

Im Rahmen der **Altstadterhaltung** wurden durch **Revitalisierung** von abbruchreifen, jedoch denkmalgeschützten Altobjekten neue Wohnungen gewonnen. Das künstlerisch-architektonische Gesamtbild konnte hierbei erhalten werden, im Hausinneren entstanden durch völligen Umbau komfortable Mittelwohnungen. Im „Spittelbergviertel“ wurde das Objekt in 7, Kirchberggasse 17, revitalisiert, wobei 14 Wohnungen und 3 Lokale geschaffen wurden; weitere Bauvorhaben werden vorbereitet. Im Planquadrat 4. Bezirk wurde der Umbau des Objektes in 4, Mühlgasse 25, abgeschlossen, dabei insgesamt 7 Wohnungen und 1 Lokal geschaffen. Für diese Arbeiten standen Mittel nach dem Wohnbauförderungsgesetz zur Verfügung, darüber hinaus wurden bei Revitalisierungsbauten zusätzlich Förderungszuschüsse aus dem Altstadterhaltungsfonds angesprochen.

Im Zuge der **Verbesserung des alternden Hausbesitzes** wurde in der städtischen Wohnsiedlung in 16, Spiegelgrund, mit der Erneuerung der Wohnungsfenster aus wärmetechnischen Gründen begonnen, in der städtischen Wohnsiedlung Schmelz im 15. Bezirk konnten sowohl Wohnungsfenster aus wärmetechnischen Gründen erneuert als auch Wärmeschutzfassaden angebracht werden. Diese Arbeiten werden auch im Jahre 1982 fortgesetzt. Darüber hinaus wurde das Programm, Personenaufzüge für die meist älteren Bewohner der Wohnhäuser nachträglich ein- bzw. anzubauen, verstärkt fortgesetzt. Im Jahre 1981 wurden wieder 108 Aufzugsanlagen fertiggestellt, in 100 Stiegenhäusern standen Aufzugsanlagen im Bau, in 163 wird mit den Bauarbeiten im Laufe des Jahres 1982 begonnen werden. Ansuchen für den Einbau weiterer 410 Aufzüge lagen vor, die nach Maßgabe der personellen Leistungsfähigkeit, der Kapazität der Bauwirtschaft und der Aufzugsindustrie sowie nach Maßgabe der Finanzierungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren eingebaut werden.

Für die von den Mietern selbst durchgeführten Verbesserungsarbeiten mußte ein umfangreicher Informations- und Servicedienst geleistet werden.

Im Jahre 1981 wurden im Monatsdurchschnitt 2.546 Arbeitskräfte von 656 Firmen beschäftigt. Die Abteilung war weiterhin bemüht, die Beschäftigtenzahl auch über die Wintermonate möglichst hoch zu halten.

Durch Rücksichtslosigkeit und Unachtsamkeit der Mieter wurden wieder viele Schäden verursacht.

Den Arbeiten der Abteilung gingen 730 abgeführte Anbotsverhandlungen voraus; sie wurden durch 237 kommissionelle Abnahmen zum Abschluß gebracht, an denen neben dem Kontrollamt 920 Firmen teilgenommen haben. Dem steigenden Aufgaben- und Arbeitsumfang der Abteilung entsprechend wurden 66.838 Rechnungen zur Anweisung gebracht und 49.785 Geschäftsstücke erledigt.

Maschinenteknik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft

Die MA 32 ist für die Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung, Abrechnung und Abnahme von heizungs-, luft-, kältetechnischen Anlagen und Einrichtungen des Sondermaschinenbaus im Bereich der Gemeinde Wien zuständig. Ihr Aufgabengebiet umfaßt auch die laufende Erhaltung dieser Anlagen, wobei ein Schwerpunkt bei der Betriebsführung liegt.

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in acht Gruppen mit den Aufgabenbereichen Kanzlei, Energieeinsparung und Service, Öffentliche Bauten und Heizkontrolle, Wohnhausanlagen und Bäder, Spitalsbetriebe, Allgemeine Planung, Neubauten und Sonderaufgaben, Behördenwesen sowie U-Bahn-Bau und Verkehrsbauwerke. Die **Gruppe für Behördenwesen** einschließlich Dampfkesselkommissäre wurde infolge

Übernahme der Kompetenzen durch die MA 36 bzw. die MD-Stadtbaudirektion per 1. Oktober 1981 aufgelöst. Für die Bewältigung der umfangreichen Aufgabengebiete sind derzeit 161 Dienstposten systemisiert.

Die **Kanzlei** hat im Jahre 1981 rund 11.400 Stück Dienstpost bearbeitet und 230 Materialbestellungen ausgefertigt. Anbotsunterlagen mit 47.262 Seiten sind für 281 Anbotsverhandlungen mit einem Erlös von 141.786 S verkauft worden. Diese Unterlagen wurden neben der Erledigung des Schriftverkehrs hergestellt. Behandelt wurden 13.799 Rechnungen, darunter 811 für Rauchfangkehrerangelegenheiten, sowie rund 3.800 Bestellscheine. Ferner waren 35 Anträge für den Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung mit einem Gesamtbetrag von 104.210.100 S, 55 Anträge für den Stadtrat für Wohnen und Stadterneuerung mit einem Gesamtbetrag von 39.243.600 S, 279 Anträge in Abteilungsleiterkompetenz mit insgesamt 50.752.370 S zu bearbeiten. Für Haftrückklasse wurden 268 Hinterlegungen durchgeführt. Die effektiven Ausgaben für andere federführende Abteilungen betragen 273.208.752,90 S.

Von der im zweiten Jahr bestehenden **Energiespargruppe** wurden intensiv Messungen an Kesselanlagen durchgeführt. Insbesondere durch Überprüfungen und Überwachungen der feuerungstechnischen Wirkungsgrade ergaben sich erste Verbesserungen. Darüber hinaus liefen Vorbereitungsarbeiten, um isolier-, regel- sowie anlagentechnische Wirkungsgrade zu erfassen. Ferner soll die Größenordnung der Kesselabstrahlverluste festgestellt und mittels geeigneter Maßnahmen verringert werden. Der Umfang der Messungen ist auf die Kesselanlagen der Wiener Stadwerke (Verkehrsbetriebe, E-Werke, Bestattung), auf die 15 Objekte des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime und die vielen Anlagen des Kuratoriums Wiener Volksbildung ausgedehnt worden. Die Dienstvorschrift für die Schulen wurde überarbeitet und wird demnächst als MD-Erlaß veröffentlicht.

In den Statistiken für Brennstoffverbrauch und -kosten der Heizkontrolle zeichnen sich bereits Energieeinsparungen in den durch die Energiespargruppe betreuten Anlagen ab. Im Zusammenwirken mit den Untersuchungen des Arbeitskreises Energie waren im Rahmen des MD-Koordinationsbüros ebenfalls intensive meßtechnische Befassungen notwendig.

Zur Erfüllung der dienstlichen Obliegenheiten der **Servicegruppe** mußten rund 160.000 km an Fahrleistungen zurückgelegt werden, wobei die Servicegruppe im Schichtdienst arbeitet. Im Jahre 1981 wurden weitere zwei Telealarmanlagen in der Baumschule Eßling sowie zur Kontrolle des „Energieturmes“ in der Wohnhausanlage in 23, Johann-Gottek-Gasse, montiert. Somit sind derzeit 55 Telealarmanlagen in Funktion. Verhandlungen mit den Kuratorien Wiener Volksbildung und Wiener Pensionistenheime über den Anschluß von Telealarmgeräten sind im Gange.

Der Umfang der Betreuung des Rechenzentrums Forum hat, bedingt durch den Ausbau der Anlage, sehr stark zugenommen. Aus diesem Grund sind zwei Bedienstete der Servicegruppe zur Betriebsführung abgestellt worden.

Durch den Ankauf einer Baumschule im 22. Bezirk mußten für die Inbetriebnahme der heizungstechnischen Einrichtungen umfangreiche Arbeiten geleistet werden.

Eine neue transportable Kesselanlage, die von der Abteilung geplant und von der Heizwerkstätte angefertigt worden ist, hat in der vergangenen Heizperiode den ersten Einsatz erfolgreich bestanden. Die Schaffung eines Lagerplatzes für die fahrbaren und transportablen Kesselanlagen der Abteilung erleichtern in Zukunft deren Abstellung und Überholung nach einem Einsatz.

Im Bereich der **öffentlichen Bauten** wurden in maschinentechnischer und energiewirtschaftlicher Hinsicht rund 1.500 Objekte betreut. Die Durchführung der erforderlichen Neu- und Umbauten sowie die Modernisierungsarbeiten an den Heizungsanlagen waren durch knappe Terminstellung gekennzeichnet. Besonders bei Schulgebäuden standen für Heizungsarbeiten nur die Sommermonate zur Verfügung, jedoch konnte den Anforderungen entsprochen werden.

In drei Schulen wurden die veralteten Heizanlagen durch neue ersetzt, dabei zwei Schulen von Koks- auf Gasbetrieb umgestellt. Besonders zu erwähnen sind die Ganztagschulen in 15, Reichsapfelgasse, die Berufsschule in 15, Hütteldorfer Straße, und die Sportanlage in 21, Jedleseer Straße. Die Baustelle der Ganztagschule wird mehrere Jahre bestehen bleiben. Als Energiequelle für die Warmwasserheizung dient Fernwärme über eine Umformerstation. Der Turnsaal mit Nebenräumen sowie der Speisesaal erhalten eine Be- und Entlüftungsanlage. In der Berufsschule wird die veraltete Heizanlage erneuert und eine Beheizungsöglichkeit für den Zubau geschaffen, der bestehende Gebäudekomplex der Sportanlage neu adaptiert und als moderne Sportstätte ausgestattet. Für die Beheizung ist eine Gaszentralheizung vorgesehen. Die Arbeiten werden sich über rund zwei Jahre erstrecken.

In vier Kindertagesheimen sind die Heizungsanlagen umgebaut bzw. modernisiert worden. In zwei Kindertagesheimen konnten umweltfreundliche Gaszentralheizungsanlagen eingebaut werden. Die Zentralheizungsanlage des Julius-Tandler-Heimes in 9, Lustkandlgasse, wurde erneuert und eine Sub-Umformerstation eingebaut. Im Jugenderholungsheim in Scheibbs, Niederösterreich, erfolgte der Einbau einer neuen Ölfeuerungsanlage. Im Amtshaus in 19, Gatterburggasse 14, wurde die Zentralheizung von Koks- auf Gasbetrieb umgebaut. In zwei Amtshäusern waren neue Gaszentralheizungen zu installieren. Drei Feuerwachen wurden mit Zentralhei-

zungsanlagen mit Gasfeuerung ausgestattet. In zwei Rettungsstationen erbrachten regeltechnische Verbesserungen der Anlagen Energieeinsparungen. Im neu errichteten Betriebslokal der MA 30 in 3, Nottendorfer Gasse 15, wurde eine Gaszentralheizungsanlage eingebaut. In der Rathausgruppe sind die Überprüfung und Einregulierung der Heizungsanlage konsequent weiter fortgesetzt worden.

Im Sinne des Umweltschutzes ist bei allen Modernisierungsarbeiten getrachtet worden, entweder Gas als Brennstoff zu verwenden oder aber bei entsprechender Gegebenheit einen Anschluß an das Fernheizwerk der Heizbetriebe-Wien Ges. mbH zu realisieren.

Um eine Verminderung des Energieverbrauches zu erreichen, wurden bei den neu errichteten Heizanlagen, soweit technisch und wirtschaftlich sinnvoll, Optimierungsgeräte eingebaut. Bei jenen Anlagen, für die im Jahre 1980 die Installation solcher Steuereinrichtungen möglich war, konnte eine über dem Durchschnittswert von 5,2 Prozent liegende Brennstoffersparnis erzielt werden; in Einzelfällen liegt das Ergebnis über der 10-Prozent-Marke.

Wie wichtig der wirtschaftliche Einsatz der Energieträger für die Wärmeversorgung in den von der Heizkontrolle betreuten Objekten der Hoheitsverwaltung geworden ist, ergibt sich aus deren Jahreskosten von rund 493 Millionen Schilling. Im wesentlichen wurden 32.000 t Heizöl schwer, 6.230 t Heizöl mittel, 10.594 t Heizöl leicht, 842 t Heizöl extra leicht, 2.640 t Koks, 227.000 MWh Heißwasser-Fernwärme, 212.000 t Dampf-Fernwärme und 16.557.000 m³ Erdgas verbraucht.

In Objekten der Hoheitsverwaltung mußten auch Rauchfangkehrerangelegenheiten bearbeitet und hierüber 881 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund 24 Millionen Schilling zur Anweisung fertiggestellt werden.

Von der Preisprüfung wurden sämtliche Nachtragsanbote über 50.000 S in der Preisprüfungskommission kontrolliert, außerdem waren freihändige Vergaben über 50.000 S vom Preisreferenten zu überprüfen und mit einer Stellungnahme an die Stadtbaudirektion — Dezernat 4 weiterzuleiten. Lohn- und Materialpreiserhöhungen wurden ebenfalls vom Preisreferenten überprüft, der außerdem an neuen Verhandlungen über Service- sowie Regiestundensätze in der Stadtbaudirektion — Dezernat 4 gemeinsam mit dem Preisreferenten vom Bundesministerium für Bauten und Technik teilgenommen hat.

Im Wohnhausneubau wurden Fälle betreffend rund 7.000 Wohneinheiten bearbeitet, wobei diese Tätigkeit die Planungen, Ausschreibungen, Ausführungen und Abrechnungen bis zu Garantieabwicklungen umfaßt. Für die Wohnhausanlage in 13, Schrutkagasse — Spohrstraße, ist die Planung für die Fußbodenheizung bei zwei von vier Stiegen abgeschlossen und die Ausschreibung vorbereitet worden. Die Planung für die Radiatorheizung in den beiden anderen Stiegen, die zu Vergleichszwecken vorgesehen ist, wurde ebenfalls fertiggestellt.

Im Bereich der Wohnungsentlüftungen konnte als Fortsetzung der Studien für die Wohnhausanlage in 19, Pyrkerstraße 41, eine zentrale mechanische Wohnungsbe- und -entlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung geplant und ausgeschrieben werden. Dieses Projekt entspricht einer Entwicklung, die derzeit international und in Schweden seit 1957 sogar gesetzlich geregelt ist.

Im Programm des nachträglichen Einbaus von Zentralheizungen in bestehende Wohnhausanlagen konnten zahlreiche Wohnungen an die Fernwärme angeschlossen bzw. planungs- und ausschreibungsmäßige Vorbereitungen für weitere Zentralheizungseinbauten getroffen werden. In bestehenden Wohnhausanlagen waren 24 Kesselhäuser mit rund 6.500 angeschlossenen Wohnungen, 100 Garagen, 32 Zentralwaschküchen und sämtliche zentrale Entlüftungs- und Warmwasserbereitungsanlagen zu betreuen. Neben den gewöhnlichen Erhaltungsarbeiten und laufenden Betriebs- sowie Wirkungsgradkontrollen sind in diversen Wohnhausanlagen Brenner erneuert, Kessel saniert, sekundärseitige Rohrnetze und Armaturen adaptiert worden.

Im Bereich der Bäder erfolgten die Planungsüberprüfungen für die Heizungen, Lüftungen und Anlagen der Badewasseraufbereitung der Bezirkshallenbäder Kagran, Brigittenau und Großfeldsiedlung. Ferner waren die Ausschreibungen durchzuführen und die Arbeiten zu beginnen. Die Arbeiten an der heizungs- und lufttechnischen Anlage dieser Objekte sind planmäßig fortgesetzt worden. Die Filteranlage für sämtliche Schwimm- und Tauchbecken wurde geplant, ausgeschrieben und arbeitsmäßig begonnen. Eine Sanierung der Fußbodenheizung im Bereich des Stadthallenbades konnte im Sommer durchgeführt und termingerecht fertiggestellt werden. Die Anlagen zur Wärmerückgewinnung aus dem Duschenabwasser im Theresienbad sind bereits eingebaut und in Betrieb genommen worden.

Für die Nutzung nichtkonventioneller Energieträger erfolgte die Fortführung der Installationen an der Solarversuchsanlage in der Wohnhausanlage in 23, Johann-Gottek-Gasse. In diversen Kinderfreibädern sowie in den Sommerbädern Höpflerbad und Gänsehäufel wurden Solaranlagen in Betrieb genommen bzw. deren Einbau begonnen. Im Bereich der Hauptkläranlage Wien konnten die Ergänzungsarbeiten durchgeführt und in Zusammenarbeit mit der MA 30 die erforderlichen Maßnahmen für einen wirtschaftlichen und einwandfreien Betrieb der Entsorgungsbetriebe Simmering geklärt werden.

In den Krankenanstalten und Pflegeheimen der Stadt Wien wurden umfangreiche Maßnahmen, wie Neuinstallationen, Adaptierungen und Reparaturen an den wärme-, kälte- und lüftungstechnischen

Anlagen, durchgeführt, um die erforderliche Funktions-, Betriebs- und Versorgungssicherheit zu gewährleisten oder zu verbessern sowie behördliche Vorschriften zu erfüllen. Im Allgemeinen Krankenhaus waren im Rahmen der aufzubauenden zukünftigen technischen Betriebsführung des Kerngebäudes Maßnahmen für die ersten Teilbetriebnahmen einzuleiten und daran mitzuarbeiten. Mit der Mitwirkung an der Lösung vielfältiger betriebstechnischer und organisatorischer Fragen war ebenfalls zu beginnen. Im bestehenden Teil, das heißt im Alten Haus und den Neuen Kliniken, wurden Klima- und Heizungsanlagen in der Kieferchirurgie, der Pathologie, der II. Frauenklinik-Arbeitsmedizin und der I. Medizinischen-Angiologie fertiggestellt, im Operationssaal 42 begonnen; im S-Gebäude wurden die Lüftungsanlage saniert sowie an einigen Stationen Warmwasser-Heizungsanlagen errichtet. Im Krankenhaus Floridsdorf wurden die Arbeiten an den Heizungs- und Lüftungsanlagen im Bereich der Abteilung Familienplanung abgeschlossen sowie in der Aufwachstation durchgeführt. Im Sophien-Spital konnte eine für die Rechenanlage erforderliche Klimaanlage errichtet werden. Die Heizungsanlagen der Pavillons H und I des Franz-Joseph-Spitals sind auf geschlossene Systeme umgestellt worden. Im Pavillon 3 (Strahlenbettenstation), im Pavillon 6 (Angiographie) und im Pavillon 8 (Herzkatheter) des Krankenhauses Lainz waren Warmwasser-Heizungsanlagen sowie Lüftungstechnische Anlagen zu errichten. Die Heizungs- und Lüftungstechnischen Anlagen im 2. Bauteil des Pavillons 27 des Wilhelminenspitals sind fertiggestellt und in Betrieb, die zur Fernwärmeversorgung des Gebäudes erforderlichen Anlagen (Dampf- und Kondensatfernleitung, Umformer) sind neu errichtet worden. Für die Versorgung der Sterilisation mit Dampf auf Pavillon 28 wurden entsprechende Maßnahmen getroffen. In der Krankenpflegeschule im Bereich Rudolfstiftung ist mit dem Einbau einer außentemperaturgesteuerten Zentralheizungsanlage begonnen worden. In der Postoperativen Station im Pavillon 1 des Elisabeth-Spitals sind die Arbeiten an der Heizungsanlage angefallen. Im Pavillon Austria des Pulmologischen Zentrums Baumgartner Höhe erfolgte die Umstellung der Heizungsanlage auf ein geschlossenes System. In der Kesselanlage der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik-Zentralkinderheim wurde mit baulichen Maßnahmen an der Rauchgasseite begonnen, die das Emissionsverhalten sowie den Wirkungsgrad der Anlage verbessern sollen. Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel ist die Feuerung der Dampfkessel für das Küchengebäude von Braunkohle auf Erdgas umgestellt worden. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe sind die Arbeiten an der Neuherstellung der Heizungsanlage für den Pavillon 17 fast abgeschlossen. Im Pavillon 18 wurde die Heizungsanlage auf ein geschlossenes System umgestellt. Die Arbeiten für den Einbau einer Zentralheizungsanlage für das Psychiatrische Krankenhaus Ybbs an der Donau waren weiterzuführen. Im Pflegeheim Baumgarten werden alle drei Warmwasserheizungskessel erneuert; eine Umschaltmöglichkeit auf Gasbefuerung ist vorgesehen.

Die betriebsmäßig geführte Heizwerkstätte hat auch im Jahr 1981 Erhaltungsarbeiten in etwa gleichem Umfang in Objekten der Hoheitsverwaltung durchgeführt. Hiezu gehörten die Störungsbehebung an über 300 Ölbrennern, die Überholung und Konservierung von rund 200 schmiedeeisernen Zentralheizungskesseln nach Ende der Heizperiode sowie die feuerseitige Reinigung von rund 300 Zentralheizungskesseln. Der Servicedienst betreute hochwertige technische Anlagen in Spitälern, Schulen, Kindergärten und Amtshäusern sowie in verschiedenen anderen Anlagen. Weiters wurden in Bau befindliche Anlagen überwacht. Da die auftraggebenden Dienststellen weniger Kreditmittel gegenüber dem Vorjahr zur Verfügung haben, ist mit einer Umsatzsteigerung nicht zu rechnen. Der Umsatz für 1981 wird mit rund 52 Millionen Schilling angenommen, was einen Rückgang um rund 2 Millionen Schilling zur Folge hätte. Eine weitere transportable Kesseleinheit mit Öltank wird in Zusammenarbeit zwischen Planungsgruppe und Heizwerkstätte geplant und ausführungsmäßig vorbereitet.

In der Planungsgruppe wurden neben diversen technischen Stellungnahmen und Begutachtungen Planungen für die Adaptierungsmaßnahmen im Bereich des Kesselhauses des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe durchgeführt und die Erarbeitung von Ausschreibungsunterlagen in Angriff genommen. Der Vorentwurf für das Sozialmedizinische Zentrum Ost — Bauabschnitt Krankenhaus — wurde auf dem Sektor der wärme- und lufttechnischen Anlagen im ersten Quartal 1981 verstärkt bearbeitet und fertiggestellt. Auf Grund der Architektenpläne im Maßstab 1 : 200 konnten die Lüftungs- und Umformerzentralen in den Technik-Geschossen planlich situiert und detaillierte Auflistungen mit den energietechnischen Angaben erstellt werden. Kosten- und Folgekostenschätzungen waren aus dem Vorentwurf zu errechnen. Ab Mai 1981 hat die Planungsgruppe der Abteilung auf Grund der schematischen Architektenpläne im Maßstab 1 : 100 mit dem Entwurf (Detailplanung) der wärme- und lufttechnischen Anlagen in Kontakt mit den MA 23 und 34 sowie den Architekten und Statikern begonnen, wobei der Schwerpunkt auf der Detailplanung des OP-Traktes als arbeitsintensivsten Abschnitt liegt. Der dritte Bauabschnitt des Sozialmedizinischen Zentrums Ost — Pflegeheim wurde mit Ende 1981 baulich fertiggestellt. Die MA 32 — Gruppe 5 hat im Rahmen der städtischen Bauleitung die Aufsicht über die Errichtung der heizungs-, kühl- und lufttechnischen Anlagen. Das 405 Betten umfassende Pflegeheim wird heizungstechnisch über zwei Verteilerstationen mit Fernwärme und lufttechnisch über vier Lüftungszentralen versorgt. In neun Kühlräumen ist für die richtige Lagerungstemperatur der Lebensmittel gesorgt. Der Leichenkühlraum mit neun Boxen wurde nach den Auflagen der Sanitätsbehörde errichtet und ausgestattet.

Sämtliche Lüftungsanlagen sind mit Rauchgasmeldern ausgestattet und an eine zentrale Brandmeldestelle angeschlossen. Eine zentrale Gebäudeautomation überwacht sämtliche Anlagenteile und zeigt den jeweiligen Betriebszustand an.

Eine Montage von Kücheneinrichtungen erfolgte in den Ganztagschulen in 3, Paulusgasse, und in 20, Spielmannsgasse, sowie im Krankenhaus Lainz, Bauteil 1, und im Kindererholungsheim Scheibbs-Lehenhof. Kühlanlagen waren im Sozialmedizinischen Zentrum Ost — Pflegeheim (Fleisch- und Gemüse Kühlraum), in den Leichenkühlräumen der Friedhöfe Jedlese, Heiligenstadt und Gersthof sowie im Krankenhaus Lainz zu installieren. Ferner wurden druckluftgesteuerte Rauchklappenanlagen für St. Marx (Bauteil 1 — Kühlbox, Bauteil 2 — Schlachthallen, Bauteil 3 — Fleischmarkt) geliefert und montiert. Planungen für Heizungs- und Lüftungsanlagen sind erstellt worden für den Wäschereineubau im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, für die Zentralwäscherei in 14, Steinbruchstraße (Umrüstung Bauteil 2), die Autodesinfektionsanlage St. Marx, den Erweiterungsbau der Lebensmitteluntersuchungsstelle St. Marx und für die Küchenentlüftung der Anstaltsküche im Krankenhaus Lainz. Ebenso mußten für diverse Bereiche von einigen Krankenanstalten Kühleinrichtungen planlich vorbereitet werden. Ferner waren Küchenplanungen für die Anstaltsküche im Franz-Joseph-Spital und die Ganztagschulen in 2, Aspernallee, sowie in 10, Carl-Prohaska-Platz, vorzunehmen.

Die Amtssachverständigen für Heizungs-, Lüftungs- und Kältetechnik bei Bau- und Genehmigungsverhandlungen werden nicht mehr von der Abteilung, sondern von der MA 36 gestellt. Trotzdem mußten im Bereich des Allgemeinen Krankenhauses restliche Behördenaufgaben interimsmäßig bearbeitet werden. Auf dem Sektor der U-Bahn-Bauten sind weiterhin diverse Amtssachverständigenbearbeitungen im Rahmen der Abteilung notwendig.

Die Agenden der amtlichen Dampfkesselüberwachung des Landes Wien werden seit 1. Jänner 1981 entsprechend der Geschäftseinteilung der Stadt Wien von der MD-Stadtbaudirektion wahrgenommen. Die Tätigkeit gemäß der Dampfkesselverordnung, BGBl. Nr. 82 vom 17. April 1948, und dem Dampfkesselkommissionsgesetz, BGBl. Nr. 559 vom 19. Dezember 1980, wird daher von der MD-Stadtbaudirektion koordiniert.

Bei der U-Bahn-Linie U1 sind die Arbeiten an der Heizungs- und Lüftungsanlage im Streckenbereich Praterstern—Kagran einschließlich der Streckenbelüftung und der Be- und Entlüftung in der neuen Reichsbrücke im Gange. Weiters wurden die Arbeiten an den Heizungs- und Lüftungsanlagen in der Station Hütteldorf der U-Bahn-Linie U4 durchgeführt. Die U-Bahn-Stationen Praterstern und Nestroyplatz konnten termingerecht fertiggestellt und in Betrieb genommen werden, ebenso die Lüftungsanlagen für die Strecke Schwedenplatz—Praterstern. Die Polizeistation Praterstern ist fertiggestellt worden. Die Wärmeversorgung der Polizeistation über eine Wärmepumpe aus der Tunnelluft wird in der nächsten Zeit in Betrieb genommen.

Schließlich waren laufend Störungsbehebungen und Instandhaltungsarbeiten auf den U-Bahn-Linien U1, U2, U4, der Gürtellinie, in den Ringpassagen und der Ostbahnunterführung durchzuführen. Die Installationen in der Prüf- und Versuchsanstalt der MA 39 in der Rinnböckstraße, 11. Bezirk, wurden nach einer Unterbrechung durch den Konkurs der Firma Klimatechnik wieder aufgenommen. Im internationalen Studentenheim Döbling erfolgte die Fortführung der Umbauarbeiten im Zuge der Generalinstandsetzung.

Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte

Neben den von der Abteilung vorgenommenen Erhaltungsarbeiten an Elektro-, Gas- und Wassereinrichtungen in städtischen Objekten kam es, wie folgt, zu weiteren besonderen Arbeiten: Die Gruppe Wohnhausbau hatte Ende 1981 im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogrammes an 5.565 in Bau befindlichen Wohnungen mitgearbeitet. Im Jahre 1981 wurde mit den Bauarbeiten an 17 Objekten mit 898 Wohnungen und den dazugehörigen Einrichtungen, wie Garagen, Geschäftslokalen, Waschküchen, Gemeinschafts- und Kinderspielräumen, begonnen. Im gleichen Zeitraum konnten insgesamt 612 Wohnungen übergeben werden.

In der Gruppe Amts- und Schulhäuser wurde am 22. Oktober die Volksschule in 23, Akaziengasse 52—54, eröffnet.

Von der Gruppe Wohlfahrtseinrichtungen wurden 6 Kindertagesheime, 5 Pensionistenklubs und 2 Heime für Jugendliche generalsaniert, während 3 Kindertagesheime neu errichtet werden konnten. Im Kinderheim Scheibbs wurde eine Großküche voll elektrisch ausgestattet. Auf Grund spezieller Anforderungen wurde in Kindertagesheimen eine besonders wirtschaftliche Warmwasserbereitungsanlage entwickelt, deren Vorteile im hohen Wirkungsgrad und damit in der besten Energienutzung, in der geringen Störanfälligkeit, hohen Lebensdauer und leichten Montagen bestehen. Bei gleichen Investitionskosten können gegenüber anderen Anlagen die Folgekosten um 25 Prozent gesenkt werden. Diese Anlagen sind in der Übergangszeit auch zum Heizen zu verwenden.

Im Internationalen Studentenheim konnten die aus Sicherheitsgründen erfolgten Auflagen der Baubehörde im Haus C und E, betreffend die Elektro- und Gasinstallationen, fertiggestellt werden. Der Feuerwehr wurden fünf transportable Notstromaggregate, die auch in Einsatzfahrzeugen eingebaut werden können, übergeben.

Die Betriebsgruppe hat in 60 Fällen bei Störungen direkt mit eigenen Monteuren eingegriffen und die Störungsbehebung durchgeführt. In sieben Spitälern und Pflegeheimen konnten die vorbereiteten Arbeiten für die Übernahme von Störungseinsätzen abgeschlossen werden. Die Überprüfungen auf Sicherheit der elektrischen Einrichtungen wurden in acht Spitälern und Pflegeheimen durchgeführt. Als weitere besondere Leistungen sind die Belastungsmessungen, die Zusammenarbeit mit den Elektrizitätswerken bei Wartungsarbeiten in Mittelspannungsschaltanlagen sowie der Einsatz bei der Volksbefragung zu nennen.

Von der Gruppe U-Bahn-Bau wurden im Rahmen des U-Bahn-Baues Elektro-, Wasser- und Sanitärinstallationsarbeiten durchgeführt sowie der Einbau von Fahrtreppen, Aufzügen, Pumpanlagen und Trockenlöschleitungen vorgenommen. Ferner wurden auf der Linie U 1 im Bereich der Stationen Reumannplatz, Keplerplatz, Südtiroler Platz, Taubstummengasse, Karlsplatz, Stephansplatz, Schwedenplatz und Nestroyplatz die in Haftung befindlichen Leistungen periodisch überprüft. Die Behebung von Garantiemängeln mußte veranlaßt werden. Die Eröffnung der Station Praterstern fand am 28. Februar, rund zwei Monate vor dem ursprünglich geplanten Eröffnungstermin, statt. Bei den Stationen Vorgartenstraße, Donaueiseln, Kaisermühlen, Alte Donau und Kagran wurden die Arbeiten planmäßig fortgesetzt. Das Lüftungsbauwerk Sezession wurde nach der Eröffnung der U 2 wegen der Straßenbahnrampe nachträglich fertiggestellt. Die Garantiemängelbehebung der bereits eröffneten U 2 mußte veranlaßt werden. In der Schottenpassage am Ring waren Adaptierungsarbeiten auf Grund der Verbindung mit der Linie U 2 durchzuführen. Die Installationsarbeiten in der Station Hütteldorf, Linie U 4, wurden planmäßig abgeschlossen, die Installationsarbeiten an den Trockenlöschleitungen im gesamten Wiener U-Bahn-Netz fortgesetzt. Die Erhaltung und der Betrieb der elektrischen und sanitären Anlagen sowie der Fahrtreppen in den fünf Ringpassagen und am Landstraßer Markt mußten weitergeführt werden. Die Anlagen der MA 28, wie Lagerplätze, Stiegenrampen usw., wurden von der MA 34 als Fachabteilung betreut. Als Fachabteilung hat die MA 34 ferner an den Planungsarbeiten der U 3 und U 6 mitgewirkt. Weiters erfolgte die Erarbeitung von neuen Ausschreibungsgrundlagen für Arbeiten der Abteilung am künftigen U-Bahn-Netz. Planungsarbeiten an den neu zu errichtenden Autobahnmeistereien Kaisermühlen und Grinzinger Straße wurden durchgeführt. Die Kosten für die genannten Arbeiten der Abteilung betragen für das Jahr 1981 rund 60 Millionen Schilling.

Durch den Einbau selbstschließender Armaturen für Duschanlagen im Hallenbad Simmering und im Stadthallenbad erfolgte eine Wasserersparnis von 20 Prozent. Auf der Donaueiseln hat die Gruppe Kultur mobile Pumpenaggregate installiert, die, unabhängig vom städtischen Trinkwasserversorgungsnetz, die Bewässerung der Grünflächen ermöglichen. Zur Pflege des Wiener Baumbestandes wurde in 14, Hadikgasse, versuchsweise eine spezielle Baumbewässerungsanlage installiert. Da sich dieser Versuch als erfolgversprechend erwies, kann dieses Bewässerungssystem nun verstärkt eingesetzt werden.

Für das Stadtgebiet von Wien wurde von der Gruppe Nachrichtentechnik ein Warn- und Alarmierungsprojekt erstellt. In den Amtshäusern 21 und 20 mußten die alten Telephonanlagen durch moderne Anlagen ersetzt werden.

Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung

Im Jahre 1981 wurden in der Abteilung 17.118 Wohnungsansuchen eingebracht. 7.495 Fälle konnten in Vormerkung genommen werden, von denen 1.110 wegen bestehender oder drohender Obdachlosigkeit, 4.483 wegen Überbelages ihrer Wohnungen, 264 wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen und 330 wegen getrennten Haushaltes von Ehegatten berücksichtigt wurden. 796 Parteien konnten ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes wegen ihre in einem höheren Stockwerk gelegene Wohnung nicht mehr erreichen, 424 Ehepaare wohnten in Untermiete und in 88 Fällen handelte es sich um die Räumung von Dienstwohnungen infolge Pensionierung. Am Ende des Jahres 1981 standen 22.994 Wohnungssuchende in Vormerkung, unter denen sich 1.738 sogenannte Notstandsfälle befanden; diese Personen waren obdachlos oder von der Obdachlosigkeit bedroht. Die 18 Außenstellen der Vormerkungsgruppe hatten im Jahre 1981 26.024 Ansuchen von neuen sowie von bereits vorgemerkt gewesenen Wohnungswerbern in 27.432 Erhebungen zu überprüfen. Außerdem haben 97.608 Parteien vorgeschrieben.

In der Zeit von Jänner bis Dezember 1981 erfolgten 7.088 Zuweisungen von Gemeindewohnungen an Wohnungswerber. Von diesen zugewiesenen Wohnungen wurden 1.762 in Neubauten erstmals vergeben, darunter 37 in Vorvergabe, das heißt, sie wurden noch vor ihrer Fertigstellung zugewiesen. 4.217 Wohnungen in Gemeindebauten wurden neuerlich vermietet und weitere 972 bereits einmal bezogene Wohnungen gegen Entrichtung eines Baukostenbeitrages wieder vermietet. Die meisten Mieter, nämlich 2.107 oder 29,7 Prozent, kamen aus überbelegten Wohnungen, bei 1.453 Einzelpersonen oder 20,5 Prozent der Zuweisungen handelte es sich in erster Linie um Polizisten, Zuwanderer, Krankenschwestern, Studenten, um Personen aus Herbergen und überbelegten Wohnungen sowie um Geschiedene.

In 593 Fällen oder bei 8,4 Prozent der Vergaben nahm man Bedacht auf Behinderungen durch Krankheit. 538 Mieter (7,6% der Zuweisungen) kamen aus Häusern, die wegen Assanierung oder Bauvorhaben der Gemeinde Wien freigemacht wurden. 328 Ehepaare (4,6% der Zuweisungen) lebten bisher in Untermiete, weitere 155 (2,2%) in getrennten Haushalten. 174 Familien (2,5%) waren obdachlos oder unmittelbar von der Obdachlosigkeit bedroht, 176 (2,5%) kamen aus gesundheitsschädlichen Wohnungen. Bei 435 Fällen (6,1%) lag ein Wohnungswechsel in eine größere Wohnung vor, 131 (1,9%) betrafen Familienzusammenführungen, 204 (2,9%) Wohnungszusammenlegungen, 75 (1,1%) den Zuzug aus anderen Bundesländern. In 121 Fällen (1,7%) waren es Mieter, die aus Dienstwohnungen kamen. In 249 Fällen (3,5%) erfolgte die Vergabe nach Delogierungen wegen Selbstverschuldens, wegen Kündigung infolge Zinsrückstandes bei meist zu hoher Miete, oder es waren Jugendamtsfälle und dergleichen, bei 71 (1,0%) lagen Krankheitsfälle vor, die laut ärztlichem Attest Wasser, WC oder Bad in der Wohnung benötigen. In 35 Fällen (0,5%) handelte es sich um Behinderte, 21 Fälle oder 0,3 Prozent der Vergaben betrafen Krankenschwestern, Politessen sowie Polizisten, die in Kasernen wohnten, oder es waren Herbergfälle. In 19 Fällen (0,3% der Vergaben) kam es zur Zuweisung nach einem Räumungsauftrag des Gesundheitsamtes wegen offener Tuberkulose, in 4 Fällen lag die Verpflichtung vor, die Freimachung von Superädifikaten durchzuführen, oder es waren Mieter, die aus gemeindeeigenen Abbruchhäusern kamen und denen von der Gemeinde Wien gemäß § 21 a Mietengesetz eine Wohnung angeboten werden muß. In 130 Fällen (1,8%) waren es Hauswarte aus Gemeindewohnungen, in 67 Fällen (0,9%) lagen Hauswartbestellungen vor. Bei 60,1 Prozent der insgesamt zugeteilten Wohnungen wurden 4.261 junge Ehepaare berücksichtigt. Die Ausweisung der sozialen Stellung der Wohnungswerber, die 1981 eine Gemeindewohnung erhielten, zeigt auf, daß es sich überwiegend um Arbeiter, Angestellte und öffentlich Bedienstete handelte. Unter ihnen fanden sich 2.099 (29,6%) Arbeiter, 1.681 (23,7%) Angestellte, 1.323 (18,7%) öffentlich Bedienstete sowie 1.188 (16,8%) Pensionisten. 473 (6,7%) im Haushalt Tätige, 156 (2,2%) Studenten, 120 (1,6%) freischaffend oder selbstständig Erwerbstätige sowie 48 Ärzte (0,7%) waren gleichfalls unter den bedachten Wohnungssuchenden.

Im Referat für Wohnbeihilfe war wieder eine starke Zunahme des Arbeitsanfalles zu verzeichnen, da im Laufe des Jahres 1981 drei Außenstellen in Betrieb genommen worden sind, und zwar im Februar in 22, Schrödingerplatz, im Mai in 21, Am Spitz, und im Juni in 12, Am Schöpfwerk. Da die Dezentralisierung keine bloße Regionalisierung für die Einreichung und Bearbeitung der Wohnbeihilfen bedeutet, wird den Parteien die Möglichkeit gegeben, Einreichungen unabhängig vom Wohnort vorzunehmen. Mit dieser Maßnahme wird vor allem auf die Bedürfnisse des einzelnen, insbesondere auf seinen Arbeitsplatz, Rücksicht genommen. Durch die Dezentralisierung hat sich auch die seit Jahren bestehende schwierige Situation in der Zentrale der Wohnbeihilfenstelle insofern entschärft, als die Wartezeiten erträglich wurden.

Insgesamt wurden 78.327 bescheidmäßige Erledigungen, wie Zuerkennungen, Änderungen, Ablehnungen und Einstellungen, durchgeführt, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um rund 30 Prozent bedeutet. Unter den angeführten Erledigungen waren 30.868 Zuerkennungsbescheide, und zwar 7.318 Erstanträge und 23.550 Verlängerungsanträge. In 1.710 Fällen erfolgte die Abweisung von Anträgen wegen zu hohen Familieneinkommens oder wegen Nichtbezahlung der Annuität, oder es konnte nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 keine Förderung gewährt werden. In einigen Fällen handelte es sich bei den Antragstellern nicht um österreichische Staatsbürger. Aus diesen Gründen mußten in weiteren 1.455 Fällen Wohnbeihilfen eingestellt werden. Außerdem waren in 44.294 Fällen Änderungsbescheide zu verfassen.

In der Informationsstelle für Wohnbeihilfe, die gleichzeitig auch Einreich- und Bearbeitungsstelle für Wohnbeihilfe ist, sprachen in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 40.889 Mieter, Nutzungsberechtigte, Wohnungseigentümer oder Personen vor, die ihre Wohnung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 verbessert hatten oder verbessern wollten und beabsichtigten, für die Rückzahlung des Wohnungsverbesserungskredites Wohnbeihilfe zu beantragen. Telephonische Auskünfte wurden 34.248 Personen erteilt.

Die Bearbeitung von Stundungen und Ratenzahlungen der Baukostenbeiträge, Ausfallhaftungen von zinsenlosen Wohnbaukrediten (Wiener Wohnbaufonds und Wiener Wohnbauförderungszuschußfonds), von Wohnungstauschen sowie von Abschreibungen von ausständigen, uneinbringlichen zinsenlosen Wohnbaukrediten und Eigenmittelsatzdarlehen war gleichfalls durchzuführen. Von den Ende des Jahres noch abhängigen 6.579 Stundungsakten mußten 1.093 einer Neubemessung bzw. Überprüfung unterzogen werden.

Im Jahre 1981 lag der Schwerpunkt der aufsichtsbehördlichen Tätigkeit gemäß den Bestimmungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG), BGBl. Nr. 139/1979, bei der Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung der gemeinnützigen Bauvereinigungen insbesondere im Hinblick auf die Bautätigkeit. Durch die auf Grund steigender Baupreise exorbitant hoch verzinsten Mittel des Kapitalmarktes und den daraus resultierenden Anstieg der Subjektförderung sind die für den Wohnungsneubau zur Verfügung stehenden Wohnbauförderungsmittel noch knapper geworden. Somit bestand die Gefahr, daß der Bereich der Bauverwaltung unwirtschaftlich wird, da der interne Aufbau vieler Bauvereinigungen auf die früher intensivere Neubautätigkeit ausgerichtet war. Dazu kommt die Beschränkung der überwälzbaren Bauverwaltungskosten mit

3 Prozent der Gesamtbaukosten gemäß der Entgelttrichtlinienverordnung, BGBl. Nr. 522/1980. Die vordringlichste Aufgabe war es daher, geeignete Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen-Revisionsverband zur Anpassung der Unternehmen an die geänderten Voraussetzungen herbeizuführen. Eine endgültige Aussage über den Erfolg dieser Maßnahmen wird erst im Zuge der weiteren Entwicklung gemacht werden können.

Bemerkenswert ist weiters, daß die Zahl der Beschwerden von Wohnungsinhabern und Wohnungswerbern über gemeinnützige Bauvereinigungen sprunghaft abgenommen hat, da jene die Verfolgung ihrer Rechte nunmehr vermehrt im Wege eines Antrages gemäß § 22 WGG bei der Schlichtungsstelle vornehmen. Die Anpassung der Genossenschaftsverträge (Gesellschaftsverträge, Satzungen) gemäß § 39 Abs. 2 WGG, zu der die Bauvereinigungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 23. Juli 1940, deutsches RGBl. I 1012, als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt waren, innerhalb von zwei Jahren, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, verpflichtet sind, konnten im Jahre 1981 nahezu lückenlos einer Genehmigung zugeführt werden. Für jene unter Aufsicht der Abteilung stehenden Bauvereinigungen, für die noch keine Genehmigung im Jahre 1980 erteilt worden war, konnte im Hinblick auf die Vollziehungsbestimmung des Artikels IV Abs. 2 Ziff. 1 WGG 1979 mangels einer entsprechenden Delegation gemäß § 132 Abs. 1 der Wiener Stadtverfassung mit Bescheiden unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Wiener Landesregierung vom 24. März bzw. 9. Juli 1981, Pr. Z. 709 bzw. 1913, die Genehmigung der Änderung gemäß § 39, Abs. 2 WGG erteilt werden.

In Erfüllung des Punktes 10 der Wohnbauförderungszusicherung wurden von 52 geförderten Bauvorhaben mit insgesamt 3.369 Wohnungen durch Verhandlungen mit den Wohnungsunternehmen (Förderungswerbern) 922 Wohnungen dem Wohnungsberatungszentrum zur Vergabe an Wohnungssuchende zur Verfügung gestellt. Die höhere Zahl der zu vergebenden Wohnungen gegenüber den Vorjahren ergibt sich aus dem Umstand, daß bei Bauvorhaben, deren Förderung nach dem 1. Oktober 1980 zugesichert wurde, nunmehr 25 Prozent statt früher 10 Prozent der Nutzfläche zur Verfügung gestellt werden müssen.

Im Rahmen der aufsichtsbehördlichen Tätigkeit über gemeinnützige Wohnungsunternehmen wurden 55 Prüfungsberichte, 48 Stellungnahmen zu Prüfungsberichten, 73 Bilanzen und Geschäftsberichte und 100 Versammlungsprotokolle bearbeitet. 53 Gebarungs- und Gemeinnützigkeitsbestätigungen sowie 2 Ausnahme genehmigungen wurden ausgefertigt, 7 Baupausen durchgeführt, 27 Satzungs- bzw. Gesellschaftsvertragsänderungen beantragt und 3 Fusionierungen sowie 2 Sitzverlegungen überprüft. Neben der Teilnahme an 20 Versammlungen wurden 95 Besprechungen mit Vertretern von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und 24 mit Vertretern des Verbandes bzw. der Finanzlandesdirektion geführt. 41 Berichte, Antwortentwürfe und Stellungnahmen waren an vorgesetzte Dienststellen abzufassen und 37 Anfragen von Gerichten und anderen Behörden zu beantworten. In 33 Fällen mußten Anfragen an andere Behörden und an den Prüfungsverband, in weiteren 46 Anfragen, Anweisungen und Aufforderungen an gemeinnützige Wohnungsunternehmen gerichtet werden. Ferner waren 45 Eingaben und Anfragen von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und 19 Eingaben und Beschwerden von Parteien abzuhandeln sowie 157 Vorsprachen von Parteien anzuhören. 50 Verhandlungen mit Förderungswerbern dienten der Festlegung jener Wohnungen, für die der Stadt Wien ein Vorschlagsrecht einzuräumen ist. Schließlich mußten in 42 Fällen der Prüfungsbeginn, in weiteren 46 der Prüfungsabschluß und in 94 Änderungen im Vorstand, in der Geschäftsführung oder im Aufsichtsrat angezeigt werden.

Im Jahre 1981 wurden 13.375 Begehren um Gewährung von Förderungsmaßnahmen nach dem Wohnungverbesserungsgesetz eingebracht. In insgesamt 12.791 Fällen, darunter 11.287 Mieter, 1.489 Eigentümer und 15 Fälle der Stadt Wien, wurde ein Darlehen von 783,543.528 S zugesichert. In Einzelanlagen wurden 1.667 Wasser-, 1.362 Strom- und 1.203 Gasinstallationen gefördert, ebenso wie die Einrichtung von Heizungen in 5.341, von Badeanlagen in 2.589 und von WC-Anlagen in 827 Wohnungen. 351 Fälle von Wohnungszusammenlegungen, 2 Wohnungsteilungen, 399 Änderungen der Grundrißgestaltung sowie 6.295 Schall- und Wärmeisolierungen konnten gefördert werden. In Gemeinschaftsanlagen waren es 101 Wasser-, 72 Strom- und 100 Gassteigleitungen, ferner die Errichtung von 35 Aufzügen, 9 Zentralheizungen sowie 136 Maßnahmen zur Schall- und Wärmeisolierung, für die das Wohnungsverbesserungsgesetz in Anspruch genommen wurden. Insgesamt waren 17.486 Wohnungen von der Förderung betroffen.

Im Rahmen der Wohnbauförderung hat der Beirat in 3 Sitzungen bzw. durch einen Rundlauf 5.402 Wohnungen, 65 Lokale und 839 Ledigenräume positiv begutachtet. Gleichzeitig genehmigte die Landesregierung Darlehen in der Höhe von 115,590.200 S für die Errichtung von 5.530 Wohnungen, 50 Lokalen, 4 Ordinationen und 708 Ledigenräume, einschließlich nachträglicher Flächenerweiterung und Erschwernisse, und einen Gesamtbetrag von 667,105.300 S als Nachtragsdarlehen zum Abfangen der Zinssteigerung der Hypothekendarlehen und der Baukostensteigerung durch 5prozentige Anhebung der Landesdarlehen bei gleichzeitig 5prozentiger Anhebung der Gesamtbaukosten. Für die Sanierung von 31 Wohnungen und die Errichtung von 106 Aufzügen wurden im Rahmen der Wohnbauförderung zur „Durchführung von Verbesserungen größeren Umfangs“ von der Landesregierung Darlehen in Höhe von 48,867.600 S genehmigt und auch zugesichert. Im

Rahmen der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke wurden mit Gemeinderatsbeschuß vom 16. Dezember 1976, Pr. Z. 4426, 24 Wohnungen mit 4,952.700 S finanziert. Weiters konnten zur Erleichterung der Eigenmittelaufbringung in 2.969 Fällen Eigenmittellersatzdarlehen mit einem Gesamtbetrag von 102,3 Millionen Schilling gewährt werden. Zur Auszahlung gelangten an Wohnbauförderungsdarlehen 2.953,699.000 S, an Annuitätenzuschüssen 727,171.000 S, an Darlehen für Verbesserungen gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1968, § 1 Abs. 1 lit. d., 28,670.000 S sowie zinsfreie Darlehen zur Erleichterung der Eigenmittelaufbringung in der Höhe von 97,624.000 S. Um die Annuität herabzusetzen, wurden im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungszuschußfonds Annuitätenzuschüsse von rund 83,6 Millionen Schilling geleistet.

Am 7. Juli 1981 hat die Wiener Landesregierung beschlossen, die ab dem 2. Halbjahr 1981 zu leistenden Annuitätenzuschüsse gemäß § 15 a Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 50 Prozent der für die Hypothekendarlehen jeweils zu leistenden tilgungsmäßigen Annuitäten zu bemessen. Für die Berechnung des jeweiligen Zuschusses ist die zweifache Zinsfußdifferenz vom 1. Halbjahr auf das 2. Halbjahr 1981 heranzuziehen und zu dem ursprünglichen Zinsfuß laut Erstzusicherung zu addieren. Ebenso ist bei einer allfälligen Zinssatzerhöhung zwischen dem 2. Halbjahr 1981 und 1. Halbjahr 1982 zu verfahren, wobei ein Zinssatz von 11,75 Prozent nicht überschritten werden darf.

Der Wohnbauförderungsbeirat hat in seiner 37. Geschäftssitzung beschlossen, bei der Zustimmung zur Weiterveräußerung von im Rahmen der Wohnbauförderung 1954 und 1968 geförderten Eigentumswohnungen die Übernahme des noch aushaftenden Darlehens vom Verwandtschaftsverhältnis bzw. vom Vorliegen eines Sozialfalles abhängig zu machen. So kann nur im ersten Fall des Darlehens uneingeschränkt übernommen werden, im zweiten Fall ist die Hälfte des Darlehens zurückzuzahlen, wobei der Annuitätenzuschuß für das restliche Darlehen aufrecht bleibt. Sollte keiner der beiden Fälle vorliegen, ist das aushaftende Darlehen zur Gänze zurückzuzahlen. In der 39. Geschäftssitzung wurde vom Beirat beschlossen, daß im Falle der Errichtung von Eigentumswohnungen das Landesdarlehen gemäß § 11 Abs. 1 Wohnbauförderungsgesetz 1968 60 Prozent der angemessenen Gesamtbaukosten, im Falle der Errichtung von Miet- und Genossenschaftswohnungen sowie Heimen 65 Prozent und im Falle der Errichtung von städtischen Wohnbauvorhaben 70 Prozent zu betragen hat. Für alle in den Jahren 1979 und 1980 zugesicherten und noch nicht endabgerechneten Bauvorhaben wird eine Nachförderung unter Berechnung einer Erhöhung von höchstens 5 Prozent der in der ursprünglichen Zusicherung enthaltenen Gesamtbaukosten gewährt. Im Anschluß daran erfolgt für die in den Jahren 1979 und 1980 zugesicherten und noch nicht endabgerechneten Bauvorhaben eine nachträgliche Anhebung des Landesdarlehens im Ausmaß von 5 Prozent des neu berechneten Finanzierungsplanes. Im gleichen Ausmaß ist das Hypothekendarlehen zu verringern. In seiner 40. Geschäftssitzung hat der Beirat weiter festgesetzt, auch für die im Jahr 1979 zugesicherten Darlehen die Lohnerhöhungen nachzufördern.

Im Rahmen der Tätigkeit des Revisionsdienstes wurden 799 Objekte auf ihre widmungsgemäße Verwendung überprüft, davon 762 Wohnungen in Mehrwohnungshäusern und 37 Eigenheime. Bei insgesamt 154 Wohnungen kam es zu Beanstandungen; schließlich wurden 55 Fälligestellungen ausgesprochen, in 7 weiteren Fällen Annuitätenzuschüsse eingestellt. Auf Grund dieser Revisionen wurden 20,5 Millionen Schilling im Jahre 1981 fälligestellt und zurückgefordert, wovon ein Betrag von rund 2 Millionen Schilling auch bereits vereinnahmt wurde.

Im Rahmen des Rückzahlungsbegünstigungsgesetzes wurden 1981 insgesamt 903 Anträge eingebracht, wovon 541 einer positiven Erledigung zugeführt werden konnten. Dadurch sind rund 44,5 Millionen Schilling an Wohnbauförderungsmitteln zurückgeflossen.

In der Zentralen Schlichtungsstelle betrug der Gesamteinlauf 515 Geschäftsstücke gegenüber einem Gesamtauslauf von 469 Geschäftsstücken. Mit 1. September 1975 trat das Wohnungseigentumsgesetz 1975, BGBl. Nr. 417/1975, in Kraft. Nach diesem Gesetz wurden die Eigenanteile nicht mehr in Form von Mietwerten 1914, wie dies nach dem im Jahre 1948 beschlossenen Wohnungseigentumsgesetz vorgesehen war, festgesetzt, sondern nach Nutzwerten auf Grund der jetzigen Erfahrungen. Die Bestimmungen des alten Wohnungseigentumsgesetzes gelten auch weiterhin für jene Fälle, in denen zumindestens ein Objekt im Wohnungseigentum bis 31. August 1975 eingetragen bzw. der Antrag auf Verbücherung vor diesem Termin gestellt wurde. Nach der ständigen Rechtsprechung ist vor der Entscheidung gemäß der §§ 3 und 5 des Wohnungseigentumsgesetzes zwingend eine mündliche Verhandlung abzuhalten (LG f. ZRS vom 20. Jänner 1977, Zl. 41 R 719/76). Außerdem sind gemäß § 26 Abs. 2 Ziff. 1 Wohnungseigentumsgesetz 1975 alle Miteigentümer und alle Wohnungseigentümer Partei. Dieser Umstand bewirkt einen erhöhten Arbeitsaufwand, dem aber keine erhöhte Anzahl von Erledigungen gegenübersteht.

Ein Großteil der Wohnungseigentumsbewerber stellt telephonische Anfragen und spricht im Parteienverkehr vor. Die Verhandlungen selbst sind in den meisten Fällen langwierig, da die Wohnungseigentumsbewerber auch ihre zivilrechtlichen Wünsche, wie Verkauf von Kfz-Abstellplätzen, vorbringen, wobei sie natürlich auf den Zivilrechtsweg verwiesen werden müssen. Eine Neuerung durch die Mietgesetznovelle 1974 ist die Möglichkeit der vorläufigen Mietzinserhöhung, die schon bei der ersten Grundsatzentscheidung bewilligt werden kann. Von dieser Möglichkeit wird zur Vermeidung von Zwischenzinsen fast immer Gebrauch gemacht. Durch diese

Gesetzesänderung wurde auch eine Mietzinsbeihilfe für Mieter, deren Mietzins gemäß § 7 des Mietengesetzes um mehr als das Vierfache erhöht wird, eingeführt. Im Jahre 1981 wurden 949 derartige Bescheinigungen für Mietzinsbeihilfe zur Verwendung bei den Finanzämtern ausgestellt.

Durch die Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien wurde die Zuständigkeit der Abteilung mit der Überwachung der Mietzinsbildung gemäß § 32 Abs. 7 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 und den Entscheidungen gemäß §§ 7 und 12 des Mietengesetzes im Zusammenhang mit § 32 Abs. 5 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 sowie um die Entscheidungen gemäß § 12 des Mietengesetzes im Zusammenhang mit § 6 Abs. 6 Ziff. 2 des Wohnungsverbesserungsgesetzes erweitert. 1981 wurde kein Antrag gemäß § 6 Abs. 6 Ziff. 2 des Wohnungsverbesserungsgesetzes gestellt, jedoch 3 Anträge gemäß § 32 Abs. 5 des Wohnbauförderungsgesetzes eingebracht. Da die Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz noch relativ neu sind, gibt es derzeit keine große Anzahl von Anträgen, doch wird die Zahl dieser Anträge im Laufe der Zeit zunehmen. Diese Erweiterung kann als echte Verbesserung des Bürgerservices bezeichnet werden, weil sich nunmehr sowohl die Akten bezüglich Wohnbauförderung als auch die hinsichtlich Wohnungsverbesserung sowie die dazu gehörenden Schlichtungsakten bei einer Dienststelle sind, nämlich der Abteilung befinden, wodurch die Schlichtungsverfahren rascher als in der Zeit, in der die Zuständigkeit bei den magistratischen Bezirksämtern gelegen war, abgewickelt werden können.

Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 können nun Nutzungsberechtigte, Mieter und Wohnungseigentumsbewerber einer gemeinnützigen Bauvereinigung gemäß § 22 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes die Schlichtungsstelle anrufen und Entscheidungen hinsichtlich der Feststellung der Zulässigkeit des von der Bauvereinigung gemäß § 14 begehrten Entgeltes, hinsichtlich der Erhöhung der Rückstellungsbeträge wegen Durchführung von ordnungsgemäßen Erhaltungsarbeiten nach § 14 Abs. 2, hinsichtlich der Feststellung des von der Bauvereinigung begehrten Preises gemäß § 15, ferner in bezug auf die jährliche Abrechnung gemäß § 19 und auf die Höhe des nach § 17 zurückzuzahlenden Betrages bei Ausscheiden eines Wohnungsinhabers begehren. Die Anträge werden zunächst vermutlich aus Unkenntnis nur zögernd eingebracht: So wurden im Jahre 1981 nur 18 Anträge vorgelegt. Das Ermittlungsverfahren ist umfangreich und mit den vorhandenen Amtssachverständigen, etwa für Buchhaltungsfragen, nicht durchzuführen, da der Magistrat der Stadt Wien keine derartigen Amtssachverständigen besitzt. Es könnte daher sein, daß dann Privat- bzw. Gerichtssachverständige herangezogen werden müssen, deren Kosten aufzuerlegen sind. So kann es sich ergeben, daß das an sich kostenfreie Schlichtungsverfahren mit vielleicht erheblichen Kosten verbunden ist.

Aus dem Bereich des Referates für den Wohnhaus-Wiederbau sind folgende Verfügungen zu berichten: Durch das sogenannte Neuvermietungsgesetz (NVG), Bundesgesetz vom 3. Dezember 1956, BGBl. Nr. 225/1956, wurde gemäß dessen § 14 die Bewirtschaftung aller unter Zuhilfenahme von Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds errichteten Wohnungen normiert, sofern es sich nicht um gemäß § 4 dieses Gesetzes ausgenommene Großwohnungen, Eigentumswohnungen usw. handelt. Mietverträge über bewirtschaftete Wohnungen bzw. alle sonstigen Verfügungen des Hauseigentümers ohne Zustimmung der Gemeinde — im Falle von Wien die Abteilung — sind gemäß § 5 Abs. 3 NVG nichtig. Neue Wohnungen unter Zuhilfenahme von Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds werden nicht mehr errichtet, weil seit 1. Jänner 1968 die öffentliche Wohnbautätigkeit, sofern Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden, durch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 geregelt wird. Unter die Bewirtschaftungsbestimmungen des Neuvermietungsgesetzes fallen daher keine Erstvermietungen von Wohnhaus-Wiederaufbauwohnungen mehr, sondern nur mehr die sogenannten Zweit- oder weiteren Vermietungen nach Ende der Innehabung von Wohnungen.

Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude

Im Jahre 1981 wurden weitere Verbesserungen in städtischen Wohnhausanlagen durchgeführt. Den größten Anteil an den finanziellen Mitteln hatten die Aufwendungen für den nachträglichen Einbau von Aufzügen. Die Abteilung hat weitere 192,178.000 S an Förderungsmitteln für 192 Aufzüge in 44 Wohnhausanlagen beantragt. In neun Wohnhausanlagen wurden 36 Aufzüge generalinstandgesetzt.

Die Wohnhausanlage in 2, Handelskai 214, wurde an das Fernwärmenetz angeschlossen, die Arbeiten werden anfangs 1982 beendet sein. Dafür wurden Wohnungsverbesserungsmittel in der Höhe von 1,954.000 S verwendet. Vorarbeiten für den nachträglichen Einbau von Zentralheizungsanlagen in 10, Laxenburger Straße 92, mit 4 Stiegen und 61 Wohnungen, und in 20, Brigittenauer Lände 138—142, mit 3 Stiegen und 60 Wohnungen, wurden geleistet. Ferner konnten in elf Wohnungen unter Inanspruchnahme von Wohnungsverbesserungsmitteln Heizungen eingebaut werden; die Kosten hierfür betragen 280.480 S.

Ferner wurde in vier Wohnhausanlagen mit dem Austausch von Fenstern begonnen, das heißt, es wurden Kunststoffenster oder Schallschutzfenster eingesetzt. Für diesen Zweck wurden Wohnungsverbesserungsmittel in der Höhe von 28,689.389 S beantragt. Um eine Wärmedämmung herzustellen, wurde mit der Einmantelung einer Wohnhausanlage mit 68 Stiegen begonnen. Die Gesamtbaukosten, für die Wohnungsverbesserung beantragt worden sind, machten 27 Millionen Schilling aus. Die Arbeiten werden sich auf vier



Die erste Zweigstelle des Wohnungsberatungszentrums wurde im Amtshaus des 22. Bezirks, Schrödingerplatz 1, in Betrieb genommen

Wohnungsamt
Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft

Anzeigetafel für Störmeldungen in der Funkzentrale der Heizwerkstätte

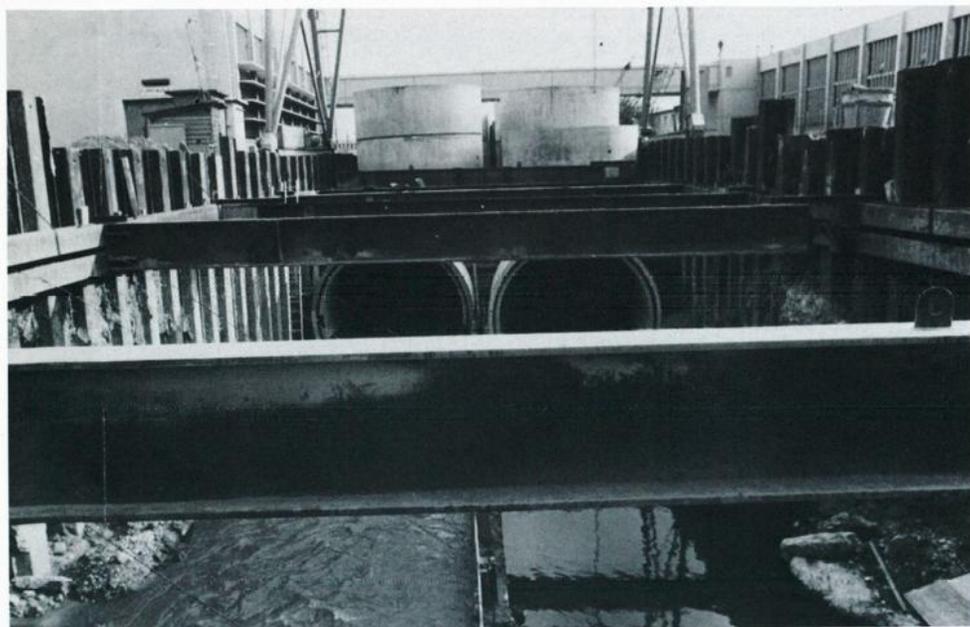




Abwasserhebwerk für den Asperner Sammelkanal

Kanalisation

Einbau der Fertigteilrohre in den Entlastungskanal für den Rechten Hauptsammelkanal



Jahre erstrecken. Für den Einbau von Fall- und Steigsträngen in zwei städtischen Althäusern konnten Wohnverbesserungsmittel in der Höhe von 702.000 S beantragt und auch zugesichert werden.

Für die Revitalisierung von denkmalgeschützten Althäusern in 7, Burggasse 11, wurden 10,330.333 S, in 8, Lenaugasse 19, Stiege 4, 15,253.899 S und in 13, Trautmannsdorffgasse 18, 12,209.974 S an Wohnbauförderungsmittel beantragt und zugesichert.

Die Hausinspektoren mußten 56,8 Millionen Schilling an Mietzinsrückständen und sonstigen Beträgen kassieren. Das mobile Team der Hausinspektoren wurde in den ersten drei Monaten des Jahres im Auftrage des amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung schwerpunktmäßig zur Kontrolle der Hausbesorgerarbeiten in großen Wohnhausanlagen des 2., 10., 11., 21. und 22. Bezirkes eingesetzt. Ungefähr 100 Hausbesorger, die rund 300 Stiegenhäuser betreuen, wurden zweimal monatlich kontrolliert. Außer diesen Kontrollen haben die mobilen Teams die notwendigen Erhebungen auf Grund von Beschwerden durchgeführt. Diese Teams wurden mit insgesamt 3.879 Erhebungen beauftragt, wobei immer wieder festgestellt werden konnte, daß es die Mieter begrüßen, auch in den Abendstunden ihre Probleme an Ort und Stelle erörtern zu können.

Die Abteilung hatte bereits im Jahre 1981 Vorbereitungsarbeiten zur Vollziehung des ab 1. Jänner 1982 in Kraft getretenen Mietrechtsgesetzes zu leisten. Da die gesamte Mietzinsberechnung über EDV erfolgt, waren entsprechende programmtechnische Änderungen bzw. Ergänzungen notwendig, die, soweit der Inhalt des neuen Gesetzes bekannt war, durchzuführen waren.

Mit 1. Jänner 1981 wurde die Verwaltung und der Betrieb der Herbergen für Obdachlose von der MA 12 in die Verwaltung der Abteilung übergeben. Insgesamt suchten 237 Familien und acht Einzelpersonen um Aufnahme in eine Unterkunft der Familienheime in 12, Kastanienallee 2, und 3, Gänsbachergasse 3, an. Hievon haben 82 Familien Gebrauch gemacht: 6 Familien oder 18 Personen wurden von der MA 50, 76 Familien von der MA 52 — Herbergenverwaltung eingewiesen. Somit wurden insgesamt 270 Personen in die Familienheime aufgenommen. Dort kamen zwölf Kinder zur Welt. Im gleichen Zeitraum haben 76 Familien bzw. 272 Personen die beiden Familienheime verlassen, 31 Familien bzw. 116 Personen erhielten eine Gemeindeförderung, 45 Familien oder 156 Personen haben sich selbst eine Unterkunft gefunden.